ROTER MORGEN

C 21246 E

AB JETZT JEDE WOCHE!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 14. Januar 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

STREIKBEREIT!

Am 5. 1. traten 50 Kranführer des Oxygenstahlwerks und 500 Arbeiter der Hoesch-Verkehrsbetriebe für eine Stunde in den Streik. Das war ihre Antwort auf das Schandergebnis von 46 Pfennig, das am gleichen Vormittag bekanntgeworden war.

In allen anderen Abteilungen war die Empörung gross. Wo die Kollegen von dem nächtlichen Verrat der Bonzen erfuhren, blieb erst mal die Arbeit liegen. Allen Kollegen sprach das Flugblatt der oppositionellen Gewerkschaftsgruppe aus dem Herzen, das mittags vor den Toren verteilt wurde. "Streik! 46 Pf. sind zu wenig!" – das Blatt wurde den Verteilern förmlich aus der Hand gerissen, einige Kollegen nahmen ganze Stapel mit ins Werk. Warum trotz der Empörung nicht alle Kollegen in den Streik traten?

Weil die IGM-Bonzen alles taten, was in ihren Kräften stand, um den Kampf zu verhindern.

So erregten sich in einer Abteilung die Kollegen über den Verrat. Sollten sie streiken? Sie waren noch unsicher. Da kam gleich ein V-Mann: "Das wird ja doch nichts, für 14 Pf streikt doch keiner." – Dabei streikten die Kollegen im gleichen Werk – aber davon wurde den Kollegen nichts gesagt. Das ist kein Einzelbeispiel. Das war von langer Hand vorbereitet.

Einen Tag vorher hatten die Bonzen eine V-Leute-Versammlung bei Phönix einberufen, wo klargestellt wurde, dass bei einem Abschluss unter 11%, die nächste Forderung sein müsse: Urabstimmung über das Ergebnis der Verhandlungen.

Genau das gleiche: Urabstimmung statt Kampf wurde den V-Leuten der Westfalenhütte am nächsten Tag, als der Verrat bekannt war, eingebleut. Am deutlichsten aber konnte man den bis ins kleinste ausgeklügelten Kampfplan der Bonzen gegen die Kollegen auf einer Stadtteilveranstaltung der IGM erleben, von der ein Kollege berichtete:

Am Abend vor ihrem Verrat hatten da die Bonzen aus der Grossen Tarifkommission die Stirn, den Kollegen für ihr "hervorragendes Urabstimmungsergebnis" zu danken! Dann aber taten sie so, als sei der Streik am 11. beschlossene Sache. Allerdings wahrscheinlich ein "Schwerpunktstreik", schränkten sie jetzt schon ein. Einer von ihnen, Rademacher, rief sogar die Hoesch-Kollegen auf, es nicht zu einem "Hausbrand" (das ist für ihn Streik) kommen zu lassen.

Dann aber ging es los mit dem "Streikverhalten": genauestens wurde durchgesprochen, was an schwierigen Aufgaben dabei alles zu erledigen sei, was alles für Versicherungs- und juristische Probleme auftauchen können. Der Zweck war klar. Der Arbeiter sollte denken: Was für eine komplizierte Sache, gut dass die 'leitende Hand' von oben da ist. Dass der Streik, der hier besprochen wurde, mit einem Kampf der Arbeiter möglichst gar nichts zu tun haben sollte, wurde spätestens bei dem Punkt Streikposten klar. Das nämlich sind nach Ansicht der Bonzen ihre Aufgaben: 1. Nicht mit Gewalt gegen Streikbrecher vorgehen! 2. Bei Aktionen gegen den Unternehmer nicht mitmachen! 3. Für die Arbeit der Polizei Verständnis haben! Am meisten Angst aber hatten die Bonzen vor den Marxisten-Leninisten. Die 4. Aufgabe der Streikposten nämlich: Wenn Marxisten-Leninisten anfangen zu diskutieren, an die Polizei ausliefern!

Dieser Feldzugsplan gegen fortschrittliche Kollegen, zur Unterdrückung des Kampfes in den Betrieben, zeigt, wie nervös die Bonzen sind. Die Schweissperlen, die den Bonzen nach den "langen und harten Verhandlungen" über die Stirn liefen, haben einen bekannten Geruch: Angst vor der Arbeiterklasse. Mit gutem Grund. Denn die Arbeiter werden allen ihren Feinden, Kapitalisten wie Bonzen noch die Quittung auf den Tisch knallen.



Weltweiter Kampf gegen US-Agressoren

In den letzten Tagen hat der Kampf der Volksmassen gegen die US-Imperialisten einen neuen Höhepunkt erreicht. Zum Jahresende demonstrierten mindestens 7 000 Menschen in Kopenhagen, Tausende in Amsterdam. Am 6. 1. 50 000 Demonstranten in Utrecht. In Dacca rissen Demonstranten die Fahne der US-Aggressoren vom Gebäude ihres Informationsdienstes und hissten stattdessen die Fahne der Demokratischen Republik Vietnam und der FNL (Vietcong). Fast überall kam es zu Aktionen; auch in den USA selbst.

Bei uns kam es in München und Westberlin vor und während der Weihnachtsgottesdienste zu Protesten gegen den Völkermord in Vietnam. Am 6. 1. marschierten 3 000 Menschen in Hamburg unter roten Fahnen gegen den US-Imperialismus. In Westberlin belagerten hunderte Menschen tagelang das Amerika-Haus in der City.

In Australien steht die Arbeiterklasse jetzt fast geschlossen im Kampf gegen die US-Imperialisten. Die Seeleute, Hafenarbeiter, Postarbeiter, Bauarbeiter und die Metallarbeiter stehen in einer Front. Kein amerikanisches Schiff, das in australischen Häfen liegt, wird be- oder entladen. Amerikanische Waren können damit nicht mehr transportiert werden. Der Kampf der autralischen Arbeiter zeigt, mit welcher Entschlossenheit das Proletariat und die unterdrückten Völker zusammenstehen. Solidarität in der Tat, im Kampf, das muss die Antwort der Arbeiter aller Länder auf die Verbrechen der US-Imperialisten sein. Auch bei uns! Die westdeutschen Arbeiter sind dafür. Auch ihre Empörung gegen den Völkermörder Nixon ist gross, die Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes wird in vielen Gesprächen laut, in der Beteiligung an Veranstaltungen und Demonstrationen.

Die Führer des DGB zeigen auch hier, auf welcher Seite sie stehen. In ihrem Protest gegen den Vietnam-Krieg kein Wort von der Unterstützung solcher Aktionen. Kein Wort der Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes. **Das ist nicht die Sprache der Arbeiterführern, das ist die Sprache von Imperialistenknechten. Unsere Sprache aber muss die der australischen Arbeiter sein: Aktionen gegen den US-Imperialismus, da, wo wir ihn treffen, im eigenen Land! Aktionen im Betrieb und auf der Strasse, in Schulen und Hochschulen!**

siehe Aufruf S. 5

SCHARFMACHER

Seit dem Beginn der Vorverhandlungen für die Europäische Sicherheitskonferenz kann man die Vertreter der Bundesregierung wieder hören, wie sie von ihren Abrüstungsabsichten, ihrer 'schweren Arbeit' für den Frieden reden. Sind die alten Kanonenkönige, die alten Generale plötzlich friedlich geworden? Natürlich nicht.

Auf der Dezembertagung der Nato hatten nämlich nordeuropäische Staaten den Vorschlag gemacht, ihre Nato-Truppen zu verringern und so die 'Verteidigungs'kosten zu senken. Sofort gab ihnen Zimmermann, der Generalinspekteur der Bundeswehr, zu verstehen, so gehe das nicht. Das sei eine Gefährdung der Nordflanke der Nato, der 'Sicherheit in Europa'. Und ganz auf dieser Linie: immer mehr Waffen und Soldaten, betont Kriegsminister Leber denn auch in einem Tagesbefehl zum Neuen Jahr, der weitere Ausbau der Bundeswehr, die Festigung der Stellung Westdeutschlands in der Nato sei die Grundlage der westdeutschen Politik.

10000 US-Soldaten fliegen ein!

Am 22. Januar beginnt zwischen Nürnberg und Würzburg das grösste Nato-Manöver auf westdeutschem Boden. Über eine spezielle Luftbrücke werden dazu allein 10 000 US-Soldaten hergeflogen. Einen ganzen Monat lang soll der Krieg geprobt werden.

(Wir werden über den Kampf gegen den Manöverterror im 'Roten Morgen' berichten).

Aus der D'K'P-Betriebszeitung 'Heisses Eisen' bei HOESCH :

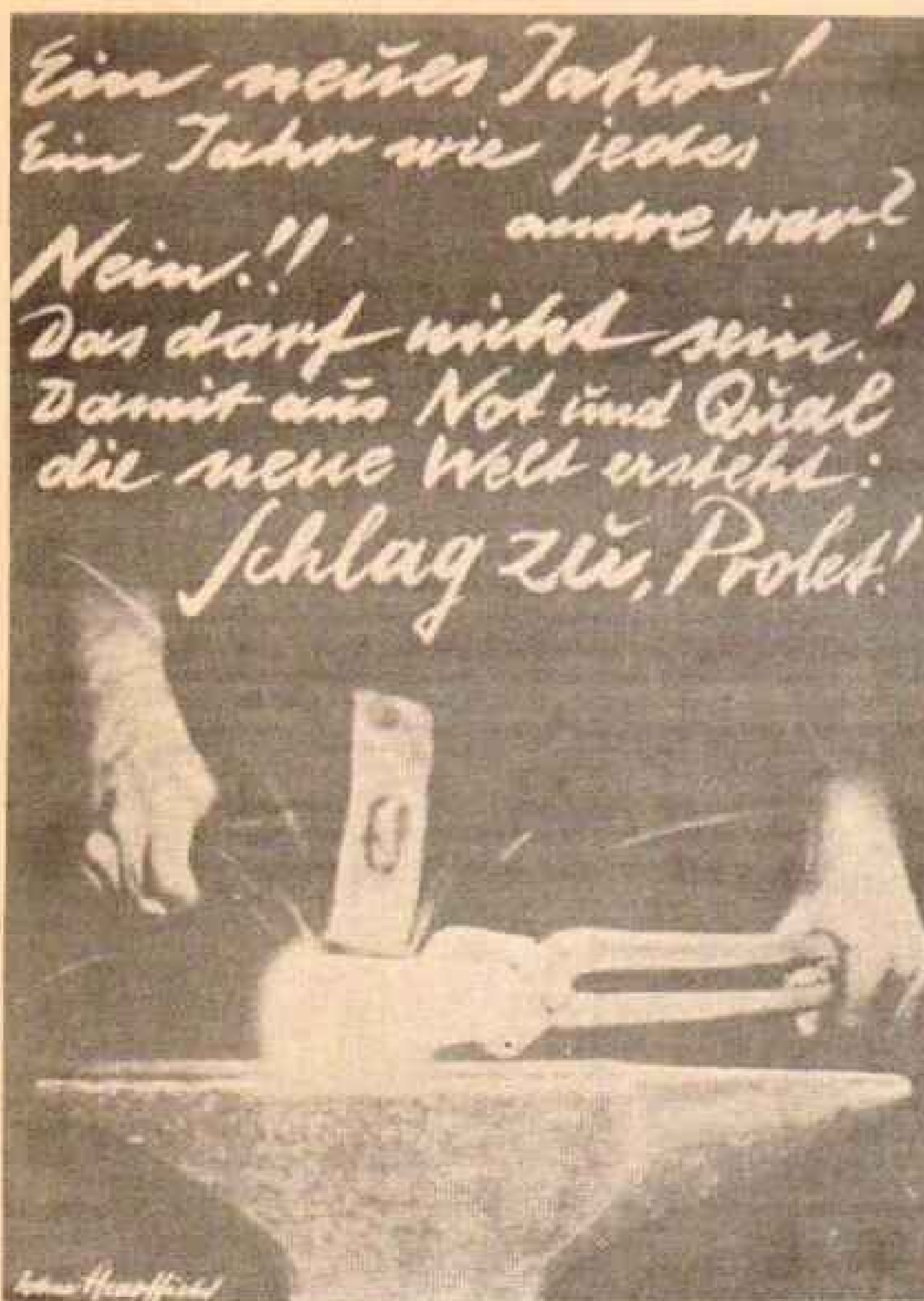
„Heute um 11 Uhr tagt in Krefeld die Lohn- und Tarifkommission der IG Metall. Die Kollegen dieser Kommission sind gut beraten, wenn sie sich auf das Ergebnis der Urabstimmung stützen und einen faulen Kompromiss unter 11 % ablehnen.

In der Sonderausgabe der Gewerkschaftszeitung 'METALL' stand zu lesen:

WIR BLEIBEN ALLE KNOCHENHART!

Sollten der Vorstand der IG Metall und die Mitglieder der Lohn- und Tarifkommission weich werden, so haben die Mitglieder der IG Metall das demokratische Recht, ihre Funktionäre wieder zu härten."

Wenige Stunden später war der Abschluss da: 46 Pfennig.



Vorwärts mit der Wochenzeitschrift ROTER MORGEN!

Das Ziel ist erreicht. Der Rote Morgen kann jetzt als Wochenzeitung erscheinen. Leser, Freunde, Genossen, wir dankan allen, die mitgeholfen haben, die wöchentliche Verbreitung des Roten Morgen zu ermöglichen. Wir sind sicher, dass die Unterstützung unseres Zentralorgans, die Anwendung des Roten Morgen als Waffe im Klassenkampf in diesem neuen Jahr noch besser voranschreiten wird. Für die Sache der deutschen Arbeiterklasse, für die Sache aller Unterdrückten und Ausgebeuteten! Für die sozialistische Revolution!
Wir wünschen allen Lesern und Genossen ein kampfreiches Jahr 1973
Rot Front! Die RM-Redaktion.

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Unterstützung

11.12. M.C., Wehrdohl	10,-DM
13.11. T.F., Bünde	19,-DM
15.12.,A.A., Berlin	51,-DM
21.12., Singkreis, Duisburg Nord	36,-DM
21.12., W.K., Essen	10,-DM
22.12.,J.B., Bochum	150,-DM
22.12., OG München	353,-DM
22.12., Hafen UK, Hamburg	10,-DM
22.12., LV Wasserkante	50,-DM
22.12. Parteiveranstaltung in Wattenscheid	104,50
22.12. Genosse aus Kiel	20,-DM
22.12., Sammelbüchse KSB/ML Marburg	17,80
23.12., Veranstaltung Mannheim	72,-DM
23.12., F.R., Mannheim	30,-DM
23.12., Genossen aus Bielefeld	400,-DM
23.12. OG Hamburg	100,-DM
27.12., A.T.R., Kielgaarden	65,-DM
27.12., Münchner Genossen	70,10
27.12., Karlsruher Genossen	365,-DM
28.12., W.G. Hamburg (Uni Bielefeld?)	353,-DM
28.12., U.S., Würzburg	200,-DM
29.12., H.G., Nettetal	20,-DM
29.12., W.H. Hamburg	9,-DM
29.12., Kollegen von Borsig, Berlin	71,30
29.12., C.B., Dortmund	20,-DM
29.12., Kollegen aus Westberlin	100,-DM
31.12., Feier aum 4. Jahrestag, München	250,-DM
31.12., Feier zum 4. Jahrestag, Giessen	81,-DM
31.12., W.K., Essen	10,-DM
2.1., Genossen aus Kiel	100,-DM
3.1., Genossen aus Giessen	460,-DM
4.1., KSB/ML, Bochum	420,-DM
3.1., A.N.; Würzburg	200,-DM
	4181,70

Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten: Zur 'Europäischen Gemeinschaft':

EUROPA DER IMPERIALISTEN

Am 1. Januar tritt Britannien der EWG bei. Europas Kapitalisten, besonders die westdeutschen Imperialisten, freuen sich, nun auch den 'britischen Löwen' melken zu können. Wenn man ihren Reden glauben dürfte, so hätten sich auch die Völker und besonders das britische Volk zu freuen. – Weil wieder eine Grenze geöffnet ist, weil 'man sich wieder ein Stück nähergekommen ist'.

Aber wie immer, sind es auch hier die Arbeiter und Werktätigen, die für die Geschäfte der Kapitalisten blechen müssen. Nicht umsonst haben die Norweger gegen den Beitritt zur EWG gestimmt. Denn so sehen die Tatsachen aus:
22 % Preissteigerung hatte die werktätige Bevölkerung Britanniens im letzten Jahr zu bezahlen. Mit dem Eintritt in die EWG werden die Preise weiter in die Höhe schnellen. Denn noch sind die Lebensmittelpreise in Britannien längst nicht so hoch wie zum Beispiel bei uns in der BRD. Unsere Wucherpreise aber sollen bald auch die britischen Werktätigen zahlen. Genauso wie die Mehrwertsteuer.

Die britische Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen werden diesen drohenden Ausplünderungsfeldzug nicht kampflos hinnehmen. Unterstützen wir sie. Stellen wir der 'Gemeinschaft' der Kapitalisten Europas die Gemeinschaft der europäischen Arbeiter entgegen.

Wir drucken hier einen Artikel aus 'The Worker' auszugsweise ab, in dem unsere Bruderpartei, die Communist Party of Britain/Marxist-Leninist (Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten), zum EWG-Beitritt Britanniens Stellung nimmt.

"Im nächsten Jahr tritt Britannien der EWG bei. Das ist ein neuer Versuch, die wachsenden Schwierigkeiten des britischen Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse dieses Landes zu lösen.

Angst vor der Arbeiterklasse

Der gewerkschaftliche Kampf ist in Europa noch nicht so breit entfaltet und noch nicht so fest organisiert wie in Britannien. Deshalb hat die herrschende Klasse (Britanniens) am Kontinent ein besonderes Interesse. Die 'Europa-Kommission' ist nun dazu da, Arbeitskräfte zu verteilen, die Arbeitsgesetzgebung zu regeln, Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Angelegenheiten zu treffen und gemeinsame Handelsverträge festzulegen. Dabei gilt, dass die Gesetze und die Praxis für die einzelnen Mitgliedsstaaten festgelegt sind. Sie dürfen höchstens strenger, aber auf keinen Fall 'liberaler' ausgelegt werden. ... In Wirklichkeit ist natürlich das einzig Entscheidende, ob die Arbeiterklasse es zulässt, dass solche Gesetze (Gesetze gegen die wirtschaftlich schwächeren Länder – die Red.) gemacht werden. Aber die 'erweiterte EWG' dient ja nur dazu, diesen Widerstand der Arbeiter zu unterdrücken. Der Hauptgrund Britanniens für den Beitritt in die EWG ist die Absicht, den Klassenkampf in Britannien zu unterdrücken.

Nomaden ohne Rückfahrkarte

Die sogenannte 'Freizügigkeit' ist ein weiteres Merkmal der EWG. Was sie bedeutet, davon können die süditalienischen Arbeiter ein Lied singen. Sie leben getrennt von ihren Familien, sie kommen nur auf Stippvisiten nach Haus und auch das nur dann, wenn sie das Fahrgeld zusammenkratzen konnten. ... Denn der 'freie Zug' für die Arbeiter fährt nur in einer Richtung ... Und jetzt soll ein Transportarbeiter aus Sheffield wohl auf einmal nach Düsseldorf ziehen...? Und wenn er da rausgeflogen ist, vielleicht weiter nach Frankfurt?

Noch höhere Lebensmittelpreise

Und dann die Preise! Du hast gedacht, 22 % Preissteigerung im letzten Jahr war die Höhe? Du Unschuldslamm! 8 % Preissteigerung haben das Europäische Parlament und der stellvertretende Landwirtschaftsminister bereits jetzt empfohlen. Davon abgesehen: Allein die 'Angleichungskosten', besonders die Einführung der Mehrwertsteuer, werden die Lebensmittelpreise um 40 % steigen lassen.

Wenn der Kapitalismus krank ist, ist es der Arbeiter, der die bitteren Pillen schlucken muss. Der Eintritt in die EWG ist der vorläufig letzte Versuch, einen Patienten zu heilen, der nicht zu heilen ist. Hier zeigt sich, dass das Monopolkapital wirklich eine internationale Klasse ist. Sie interessiert nicht die Heimat eines Arbeiters, sie interessiert allein der Profit, der aus ihm zu holen ist. Das A und O der Kapitalisten ist immer mehr Profit zu machen. Der 'Internationalismus' der Bourgeoisie hat mit dem Internationalismus des Proletariats nicht das Geringste zu tun. Bosse und Arbeiter haben keine gemeinsame Interessen."

Die JUSOS: Linkes Feigenblatt

Der Proteststurm gegen die Verbrechen der US-Imperialisten in Vietnam ist zu einem mächtigen Strom angewachsen. Vor der gesamten Welt steht Nixon heute als Völkermörder, als blutiger Nachfolger Hitlers. Ihm gilt jetzt nicht nur der erbitterte Kampf der unterdrückten Völker und des gesamten Weltproletariats. " Stopp den Bombenterror", rufen heute die Vertreter demokratischer Organisationen. Sogar die Häupter kapitalistischer Länder wie Schweden, Dänemark und Norwegen, die Vertreter von Kirchen, von bürgerlichen Parteien sind gezwungen, gegen den Völkermörder Nixon zu protestieren.

Aber einer schweigt: "Friedens-willy".
Friedens-Willy und die westdeutschen Kapitalisten schweigen, wo es um den Frieden in Vietnam geht, sie handeln, wo es um die Unterstützung der Kriegstreiber geht: mit Geld und auch mit Soldaten wird die faschistische Ausrottungspolitik der US-Imperialisten in Vietnam von ihnen unterstützt.


Blutsbruder

Dieses Schweigen aber ist ein Alarmzeichen für die Völker Osteuropas, für die Bevölkerung der DDR. Kann man dem Kumpanen eines wütenden Faschisten glauben, wenn er selber von Frieden spricht? Dieses Schweigen aber weckt vor allem die Empörung der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen in Westdeutschland.

Im April sind viele Arbeiter für Brandt marschiert, weil sie glaubten, Willy trete für den Frieden ein. Und heute? Die vietnamesischen Opfer der US-Aggression zeigen vielen, wie tief dieser "Friedensengel" schon heute im Blut des imperialistischen Krieges watet.

In diesem Augenblick, wo die werktätigen Massen Westdeutschlands sich zunehmend auch gegen die Herren im eigenen Land empören, hat der Bundesvorstand der Jusos eine Erklärung gegen die Vietnam-Politik der Bundesregierung vorgelegt. Die Juso-Führer greifen die weltweiten Forderungen auf: Abzug der US-Truppen aus Vietnam, Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam, sie fordern: Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die US-Regierung, Einstellung der politischen und materiellen Unterstützung Südvietnams, grosszügigere materielle Unterstützung des Wiederaufbaus in Nordvietnam. Vor allem aber fordern sie, Brandt solle den Völkermord in Vietnam verurteilen. Mit seinem 'Totschweigen' mache er sich zum 'Handlanger' imperialistischer Aggressoren.

Ein Sturm der Entrüstung ist in der SPD-Spitze gegen diese Erklärung entbrannt. Und die CDU/CSU schreit, diese Erklärung sei der Beweis für die 'rote SPD'.

Wie rot sind aber die Juso-Führer? Was wollen sie wirklich für den Frieden in Vietnam **tun**? In ihrer Erklärung kein Wort darüber. Kein Wort der Solidarität mit den Aktionen gegen die US-Aggressoren. Stattdessen der 'Ausweg': Diskussion der Erklärung des Juso-Bundesvorstandes innerhalb der SPD.

Das aber zeigt deutlich: die empörten Worte der Jusos werden ohne Taten bleiben. Sie haben nur den Zweck, den Massen Sand in die Augen zu streuen, sie vom Kampf auf der Strasse abzuhalten.
Nicht umsonst schreiben sie in ihrer Erklärung, dass die Bundesregierung sich mit ihrer 'Friedens- und Entspannungspolitik in Mitteleuropa' unglaubwurdig mache, wenn sie nicht die amerikanische Völkermordstrategie verurteile. Dass Brandt und die westdeutschen Imperialisten bei der Aggression in Vietnam mitmachen, das sieht heute jedes Kind.
Was die Massen auf keinen Fall sehen sollen, ist, dass Brandt nicht nur ein Handlanger im Krieg gegen Vietnam ist, sondern selber ein imperialistischer Räuber. Einer, der seine Verbrechen heute unter dem Mäntelchen von 'Frieden und Völkerfreundschaft' vorbereitet. Den Kampf gegen den Feind im eigenen Land zu schwächen, – das ist die hauptsächliche Aufgabe der Juso-Führer.



Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert
Redaktion:
G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07
Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612
Postscheckkonto:
Hamburg: Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust) (bleibt vorläufig)
Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck.
Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben).
Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen.
Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Jetzt handeln!

Viele Kollegen hatten am Freitag morgen noch nichts vom 46-Pfennig-Betrug in der Stahl- und Eisenindustrie von NRW gehört. Die Flugblätter der Genossen gingen weg wie warme Semmeln. 'Was? – 46 Pfennig?! – Das sind soviel wie 0,0 Prozent!' war die Reaktion.

Da ging auch schon der erste 'wilde Streik' im Oxygen-Werk von Hoesch los. Bis Redaktionsschluss folgten die Betriebe Rheinstahl-Meiderich und Mannesmann-Duisburg mit Teilstreiks.

Die Gewerkschaftsbonzen kamen recht ins Schwitzen. Sie liefen in die Abteilungen und überbrachten den Schwund-Abschluss mit Argumenten wie: ...Kollegen, ihr müsst verstehen, ...da sitzen die nun in der Verhandlung, sind müde, haben viel geraucht... –"gesoffen haben sie, auf unsere Kosten", riefen die Kollegen wütend zurück.

Für ihr feines kaltes Büffett und die teuren Getränke der Herren Gewerkschaftsführer von Krefeld (wo sie mit den Kapitalisten verhandelten) werden die Arbeiter noch die Rechnung präsentieren.

Mit den 8,5% glauben die 'Stabilitätspolitiker' jetzt ein 'Signal' für die folgenden Tarifkämpfe gesetzt zu haben. 24 Stunden nach dem Schandabschluss in NRW wurde ohne jede Kampfmassnahme in Schleswig-Holstein für Stahl- und Eisen abgeschlossen: ebenfalls 8,5%! Die Arbeiter von Stahl- und Eisen dürfen sich diesen Lohnraub nicht bieten lassen. Sie müssen gemeinsam mit den Metallern weiterkämpfen.

Stellt überall die Bonzen zur Rede!
Wählt in jeder Abteilung eigene Streikleitungen aus organisierten und nicht organisierten Kollegen, die unser Vertrauen haben!
Streik gegen Lohnraub!
Vertrauen wir auf die eigene Kraft!

* * *

Streikbrecher!

Ruhrgebiet; 6. 1. 73

Der Streik war beschlossen. Am 11. Januar, 6 Uhr früh, sollte es losgehen. So haben es die Kollegen der Stahl- und Eisenindustrie von NRW in der Urabstimmung beschlossen.

Wann wollten diese Herren jemals streiken?! Denen dient die Urabstimmung doch nur dazu, 'Luft abzulassen'. Seit 1924 fand kein Streik in der Stahlindustrie von NRW aufgrund einer Urabstimmung statt! Wenn da die Arbeiter kämpften, dann immer in 'wilden Streiks'.

Mit dem 46-Pfennig-Verrat fielen ihnen aber die Gewerkschaftsbonzen der IG Metall in den Rücken. Jetzt riefen sie zur Urabstimmung über das 'Verhandlungsergebnis' aus. Schöne 'Gewerkschaftsdemokratie'! Jetzt, wo sie mit dem vorzeitigen Abschluss hoffen, die Front gespalten zu haben.

Die letzte Urabstimmung überhaupt fand vor 15 Jahren statt. Und damals, am 9. April 1958, wurde der Streik vier Stunden vor dem angesetzten Termin, wieder abgeblasen. Sozialminister Hemsath von der SPD musste als 'neutraler Schlichter' herhalten, um seinen Parteifreunden in der IGM beim niedrigen Abschluss behilflich zu sein.

Kein regulärer Streik seit 1945! Aber seit 1945 zahlen die Metaller ihre Mitgliedsbeiträge. Raus aus den Gewerkschaften? – Nein, aber selbständig und unabhängig vom Bonzenapparat den Kampf organisieren. Die Kollegen in den DGB-Gewerkschaften für die Gewerkschaftsopposition gewinnen. Das ist die richtige Antwort auf die Streikbrecher in der Gewerkschaftsführung!

ORGANISIERT EUCH IN DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!
VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSORGANISATION!

* *

Den Kampf ohne die Verräter führen!

Die Stahlbosse in die Knie zwingen!

Die Lohnrunde für die Arbeiter der Stahl- und Eisenindustrie in NRW und Schleswig-Holstein ist noch lange nicht gelaufen. Die 8,5 % müssen wieder vom Tisch. Dem Lohnraub wird nicht zugestimmt!

– 13 Monate Laufzeit des Tarifvertrages bedeutet 13 Monate Lohnstopp!

– macht aus den 8,5 % umgerechnet ganze 7,8 %!

Das reicht zum Leben und zum Sterben nicht! Im Roten Morgen Nr.24 machten wir die Rechnung für angenommene 60-Pfennig-'Lohnerhöhung' für die metallverarbeitende Industrie. Bei 60 Pfennig / 11 % Lohnerhöhung wären für einen Facharbeiter der Lohngruppe 7, verheiratet, keine Kinder, ganze 63,65 Mark mehr im Monat (mit Abzügen) rausgekommen. Bei dieser Rechnung waren noch nicht einkalkuliert der angekündigte 'Konjunkturzuschlag' Schmidts von 10 % und die Erhöhungen der Sozialbeiträge ab 1. Januar.

Der Ecklohn bei den Stahlarbeitern an der Ruhr beträgt aber 2 Pfennig weniger, als der in der metallverarbeitenden Industrie. Selbst bei 60 Pfennigen mehr hätten die Stahlarbeiter effektiv weniger in der Tüte als vorher. Ganz zu schweigen von den 7,8 %. Die bedeuten Reallohnsenkung!

Reallohnsenkung mit Hilfe der gekauften Gewerkschaftsführung! Jetzt wollen sie sich rausreden. Aber hat es etwa an der mangelnden Kampfbereitschaft der Kollegen gelegen? 97 % für Streik in der Urabstimmung waren eine klare Antwort!

Schon nach kürzester Zeit hätten die Stahl- und Eisen-Kapitalisten nachgeben müssen:

– Seit Jahresbeginn 1972 stieg die Rohstahlproduktion um mehr als 20%. Neue Grossaufträge bekamen die Stahlbosse im Herbst. Die Auftragsbücher für nächstes Jahr sind schon übervoll. Streiks sind da eine kostspielige Angelegenheit für die Herren Kapitalisten.

– Grössere Entlassungen und Aussperrungen können die Herren der Ruhr nicht riskieren. Der Arbeitskräftemangel in NRW hat sich in den letzten Monaten noch weiter verschärft. Importe der 'Ware Arbeitskraft' aus der Türkei sind bereits angemeldet.

– Mit aller Macht wird versucht, in der Stahl- und Eisenindustrie zu 'rationalisieren'. Im Juli, wurden schon durchschnittlich 3,7 Überstunden pro Woche gefahren. Gleichzeitig senkte sich der Lohnanteil an jeder Tonne Stahl um 4 % im Vergleich zum Vorjahr.

– Nicht genug mit mehr Profiten aus der erhöhten Ausbeutung in den Betrieben. Weitere Profite schlagen die Konzernherren aus den Preisen. Für Exportstahl stieg der Preis von Ende 71 bis Oktober 72 um 8 %. Während die Herren 'Unternehmer' in den Lohnverhandlungen über Fernsehen und Presse die 'roten Zahlen' der Stahlindustrie an die Wand malten, wurden im Wirtschaftsteil der Zeitungen stillheimlich neue Stahlpreis-Erhöhungen für 1973 angekündigt.

Heraus zum Kampf!

97 % der Kollegen stimmten für Streik. Und sie meinten damit auch Streik! Die IGM-Führung aber wollte und will keinen Kampf. Dann werden wir die Sache eben in die eigenen Hände nehmen. Die bürgerliche Presse weiss die Stimmung in den Betrieben richtig einzuschätzen. Vor dem Abschluss in NRW schrieb die Frankfurter Rundschau:

"... erleben die Arbeiter in den Betrieben, dass wieder mehr Stahl produziert und verkauft wird, könnten sie bei geschickter Agitation im Laufe des Jahres schon zu spontanen Arbeitsniederlegungen verleitet werden, wenn die Lohnsteigerungen jetzt zu niedrig ausfielen."

Die Stahlarbeiter werden nicht im 'Laufe des Jahres' zum Kampf greifen, sondern jetzt schon wird der Streik vorbereitet. Ohne Verräter und Kapitalistenknechte der IG Metall-Spitze. Wenn diesen Herren der Wind vom September 1969 um die Ohren pfeift, dann werden auch die Stahlbosse in die Knie gezwungen werden.

1,50 DM = 20%!

1250 DM MINDESTNETTOLOHN

600 DM MINDESTLOHN FÜR LEHRLINGE!

STREIKGEDICHT

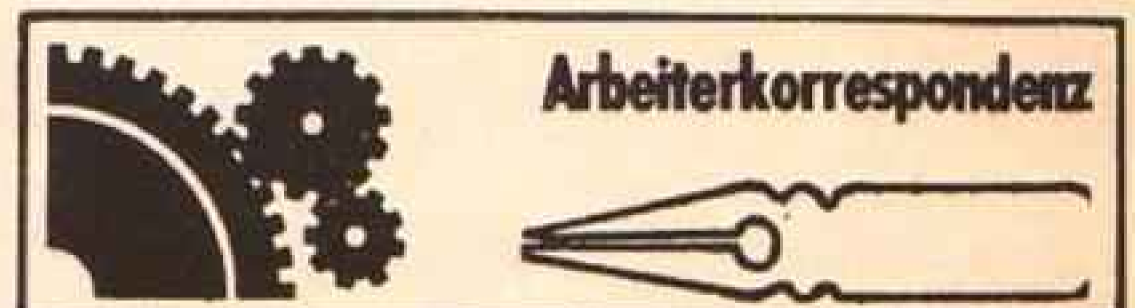
Wir Arbeiter müssen weitermalochen.
Die Bosse saugen den Profit aus unsern Knochen.
SIE erhöhen die Preise. WIR schuften mehr.
Da muß einmal ein kräftiges Gewitter her!

Auf, Kollegen! Nicht gepennt!
Was wir brauchen sind 20 Prozent!
Das heißt 1.50 DM für jeden mehr.
Der 60-Pfennig-Verrat macht unsere Taschen leer!

Und wollen uns die Bonzen vom Kampf abhalten.
Wir werden den RICHTIGEN GANG einschalten!
Kollegen! Klar! Die BROCKEN HINSCHMEISSEN!
DER Kampf wird uns glühend zusammenschweißen.

Und wenn wir Arbeiter fest zusammenstehn.
Dann wird es den Bossen an den Kragen gehn!

(aus: HAMMERSCHLAG, Betriebszeitung der KPD/ML am Bochumer Verein (Krupp)



'Dicke Freunde'

Ich arbeite bei einer Straßenbaufirma in Korbach. In diesem Jahr durften wir zum ersten Mal einen Betriebsrat wählen. Genauer gesagt, bekamen wir einen Betriebsrat, den sich der Unternehmer ausgewählt hatte. Das geschah so:

Ein Kollege, bei uns allen als prima Kumpel und Mann mit Rückgrat beliebt, also ein richtiger Klassenkämpfer, den wollten wir in den Betriebsrat wählen. Doch vor der Wahl wurde er plötzlich gefeuert. Das war dann auch der Grund, dass viele der Kollegen nicht bei der Wahl mitmachten.

Über den Betriebsrat, der dann zustande kam, herrscht keine gute Meinung. Nach den ersten Sauereien sind sich fast alle Kollegen einig: Diese Leute sind gekauft und bestochen. Und wenn dann mal ein Betriebsratsmitglied auf der Baustelle auftaucht, kriegt er was zu hören: Womit werdet ihr denn geschmiert? Wer bekommt denn die 7 Pakete mit Weihnachtsgeschenken, die im Büro rumliegen? Was zahlt euch denn der Dicke jetzt? Das und anderes bekommen diese Leute dann zu hören.

Das scheint aber bestimmten Herren nicht zu gefallen. In der Woche vor Weihnachten mussten zwei Kollegen, die auch über den Betriebsrat geschimpft hatten, beim Chef erscheinen. Dort wurden sie dann zusammengeschissen. Ja, auf seinen Betriebsrat lässt der Dicke nichts kommen. Bin mal gespannt, ob wir die Kollegen im Frühjahr wiedersehen.

Der Fall Dr. Repenthin

Dr. Repenthin ist ein ehrenamtlicher Lehrdozent in der Firma Schering, Westberlin. Er arbeitet im Analytischen Kontrollabor (AKL). Sein Vorgesetzter heisst Huber, ein treuer Handlanger der Geschäftsleitung.

Huber hat den Auftrag, in seiner Abteilung die Arbeitshetze zu verschärfen. Das stösst auf Repenthins Widerstand. Repenthin ist gewerkschaftlicher Vertrauensmann, einer, der zurecht das Vertrauen aller Kollegen besitzt. Er geht überall herum und erkundigt sich: Alle Kollegen sind bereit, Widerstand zu leisten.

Huber und die Geschäftsleitung kündigen die Entlassung von Repenthin an. Dagegen verabschiedet eine Vertrauensleute-Versammlung zusammen mit den Kollegen vom AKL eine Solidaritätsresolution.

Am Mittwoch, den 18. 10., marschiert das 2. Lehrjahr Chemie zusammen mit dem ersten Lehrjahr zum Vorstand. Sie haben gehört, dass Repenthin nicht mehr bei ihnen unterrichten soll. Angeblich wegen 'Arbeitsüberlastung'. In Wirklichkeit wollen sie den Mann allmählich abschieben, und wenn keiner mehr über die Sache spricht, ihn absägen. Repenthin ist der Geschäftsleitung schon oft auf die Füsse getreten.

Jetzt sollen also die Lehrlinge 3 Monate vor dem Praktikum einen Dozentenwechsel hinnehmen. Die Lehrlinge wissen, dass auch bei ihnen dann die Arbeitshetze verschärft werden soll. Deshalb zwingen sie gemeinsam das Vorstandsmitglied Dr. Raspe mit seinen Handlangern aus Verwaltung und Gewerkschaft zur Stellungnahme.

Kapitalist Raspe denkt nicht daran, auf die Argumente der Lehrlinge einzugehen. Er zeigt ganz offen seinen Herr-im-Haus-Standpunkt. Der Betriebsrat konnte sich in einer solchen Situation natürlich nicht offen an die Seite von Boss Raspe schlagen. Er kam ganz schön in die Zwickmühle. Da drohte Raspe unmissverständlich, der Betriebsrat solle es sich nicht mit dem Vorstand verderben. Das wird er auch nicht. Gleich im Anschluss rennt er zu seinem Herrn, um ihm wieder aus der Hand zu fressen.

Die Lehrlinge des 2. Lehrjahres sollen alle verwarnt werden. Die Lehrlinge des 1. Lehrjahres 'nur ermahnt', weil sie angeblich 'verführt' wurden. Es ist klar: Sie versuchen so die Front zu spalten. Eine Kollegin des 2. Lehrjahres wurde versetzt. Es wurde behauptet, sie hätte kommunistische Flugblätter vor dem Betrieb verteilt, was frei erfunden war.

Die Lehrlinge planen weitere Schritte für den Kampf. Sie lassen sich nicht unterkriegen!

KASSEL: SCHÜLERSTREIK

Kassel; (RM). 15. 12. 72

Vom 15. bis 17. November 72 streikten in Kassel täglich 3 000 – 3 500 Berufs-, Berufsaufbau- und Fachoberschüler. Der größte Teil der Streikenden kam von verschiedenen Berufsschulen. Es waren Lehrlinge in der Ausbildung.

Die Lehrlinge und Schüler streikten gegen die Mißstände in der Berufsausbildung bzw. im beruflichen Bildungswesen und forderten konkrete Verbesserungen der Lehr- und Lernsituation an den Berufsschulen.

Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

1. **Erfüllung der gesetzlichen 12 Pflichtstunden für jeden Berufsschüler.**
2. **Nach 5 Stunden Berufsschule freier Nachmittag.**
3. **Beseitigung der Raumnot und des Lehrermangels.**
4. **Am Berufsschultag, während der Ferien, muss der Lehrling vom Betrieb freigestellt werden.**
5. **Sofortige Zurücknahme des Erlasses.**

Nach diesem Erlass des Hessischen Kultusministers sollen die Lehrer keine Stundenermässigung für Verwaltungsaufgaben bekommen. In Hessen sollen damit rund 320 Planstellen für Lehrer eingespart werden. Dieser Erlass würde zu einer wesentlichen Verschlechterung der Lehr- und Lernsituation an den Schulen führen.

Um dies zu verhindern, gingen Lehrlinge und Schüler gemeinsam auf die Strasse. Aber die Streikenden sahen auch, dass es mit der Wiederherstellung des schlechten Zustandes nicht getan ist. Deshalb stellten sie neben der Forderung: Zurücknahme des Erlasses! die bereits oben erwähnten anderen Forderungen auf.

Da sich der Streik spontan entwickelte, war eine Demonstration am 15. 11. 72. durch die Kasseler Innenstadt, nicht genehmigt. Unter diesem Vorwand versuchte die Polizei, diese Demonstration mit Gewalt zu zerstreuen. Durch das geschlossene Auftreten der Lehrlinge und Schüler gelang dies jedoch nicht.

An den beiden ersten Tagen zog man im Anschluss an die Demonstrationen durch die Innenstadt vor das Gebäude des Regierungspräsidenten. In Sprechchören wurde der Regierungspräsident aufgefordert, zu den Streikenden zu kommen und eine klare Stellungnahme zu den Forderungen abzugeben. Dies hatte der 'hohe Herr' natürlich nicht nötig, wahrscheinlich hatte er Angst, sich unter die rund 3 500 aufgebrachten Lehrlinge und Schüler zu begeben.

Am dritten Streiktag zogen die Demonstranten nicht mehr zum Regierungsgebäude, da man von den Herren in diesem Hause nichts mehr erwartete.

Nach vier Tagen wurde der Streik beendet. Obwohl keine der Forderungen durchgesetzt wurde, haben die meisten der Beteiligten eine Menge gelernt.

Dazu schreiben die Schüler und Lehrlinge in einem Flugblatt:

" a) Der Regierungspräsident und der Kultusminister haben durch ihr Verhalten bewiesen, dass sie nicht bereit sind, sich für unsere Interessen einzusetzen.

b) Die Presse hat in ihrer Berichterstattung gezeigt, dass sie kein unabhängiges Organ ist, sondern abhängig von den Mächtigen und ihren Vertretern in der Regierung.

c) Auch die Polizei hat bei der Demonstration gezeigt, wessen Freund und Helfer sie wirklich ist. Unser Freund ist sie nicht. Zerstörte Megaphone, Hundebisse und der Versuch, die Demonstration zu zerstreuen, beweisen klar, wem sie helfen will."

Stuttgart: 200 Lehrlinge demonstrieren

Am Samstag: den 9. 12., zogen über 200 Lehrlinge und Jungarbeiter durch die Straßen der Stuttgarter Innenstadt. Bei der Demonstration und der anschließenden Kundgebung wurde deutlich: Die Zeiten sind vorbei, wo die Gewerkschaftsbonzen in aller Ruhe mit den Kapitalisten über unsere Forderungen (mit-)bestimmen konnten. Wir Lehrlinge und Jungarbeiter zeigten, daß wir es keineswegs diesen sogenannten Arbeitervertretern überlassen werden, was bei der Metalltarifrunde herauskommt.

150 DM MEHR FÜR JEDES LEHRJAHR!
ANGLEICHUNG DER TARIFE FÜR UNTER 18-JÄHRIGE!

Was kümmern sich die Herren Gewerkschaftsbonzen um die Forderungen der Arbeiter. Sie gehen einfach darüber hinweg. Sie drücken sie soweit herunter, daß sie dann in den Rahmen der 'Lohnleitlinien' hineinpassen, die von den Kapitalisten und ihrer Regierung aufgestellt werden. Das soll unser 'Stabilitätsbeitrag' sein, damit die Profite der Kapitalisten und die Gehälter der Gewerkschaftsbonzen in den Aufsichtsräten nicht nur 'stabil' bleiben; sondern munter steigen können.

WEG MIT DEN LOHNLEITLINIEN!

Und wenn unsere älteren Kollegen streiken, dann wollen sie uns als Streikbrecher einsetzen. Aber damit ist Schluß! Lassen wir uns nicht länger spalten!

GEMEINSAMER KAMPF DER ARBEITER UND LEHRLINGE
STREIKRECHT FÜR LEHRLINGE!
GEMEINSAMER TARIFVERTRAG!

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Auch wenn sie jetat unserem Jugendvertreter bei DAIMLER-BENZ gekündigt haben, auch wenn sie fortschrittlichen Kollegen wie bei Bosch den Rausschmiß angekündigt haben. Wir lassen uns nicht den Mund verbieten, wir werden in Zukunft noch viel häufiger sagen, was uns nicht paßt. Wir werden noch entschlossener kämpfen und immer mehr Lehrlinge und Arbeiter kämpfen mit.

FÜR FREIE GEWERKSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BETÄTIGUNG IM BETRIEB!

Agenten der Bourgeoisie:
8-Groschen-Jungens der D'K'P

Augsburg (RM). Am Montag ist ein Flugblatt der KPD/ML in Augsburg, das zu den Entlassungen bei MAN Stellung nahm, bei MAN verteilt worden. Einer der Flugblattverteiler wurde von einem SDAJ-ler (SDAJ ist die Jugendorganisation der D'K'P), der im gleichen Betrieb arbeitet wie er, gesehen. Der 'Kollege' nahm das Flugblatt, sah den Kopf an und gab es sofort wütend zurück. Er hatte gesehen, daß es von der KPD/ML war. Dann überlegte er es sich doch anders und riß das Blatt wieder an sich. 'Nur zur Information' sagte er von oben herab. Dann zog er eilig ab.

Zwei Tage später wurde der Flugblattverteiler zum Betriebsrat seiner Firma gerufen. Der Betriebsratsvorsitzende, ein D'K'P-Betriebsrat und ein SDAJ-Jugendvertreter sassen beisammen. In diesem Verein versuchte nun der D'K'P-ler, den Genossen einzuschüchtern. Er stellte ihn als Gewerkschaftsfeind hin und verbot ihm, unter den Kollegen den Verrat der DGB-Bonzen aufzudecken. Schliesslich, so sagte dieser Verräter, sei die Heimat der Kommunisten die Gewerkschaft. Dann drohte er mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz, das die politische Betätigung im Betrieb untersagt.

Im Verlauf des Gesprächs gab der D'K'P-Bonze zu, dass er den Genossen schon seit einiger Zeit überwachen und bespitzeln lässt, weil er mit Leuten verkehre, die er für 'ML-ler' (Marxisten-Leninisten bedeutet das in der D'K'P-Sprache) hält.

Vielleicht hält er es da auch wie bei den Vorbereitungen zur Demonstration gegen die Ermordung Thomas Weissbäckers durch die Polizei. Damals kam er selbst zu den Gesprächen und informierte dann über Gewerkschaftsboss Max Amling (jetzt Mitglied des Bundestages) die politische Polizei. Das ist das wahre Gesicht der D'K'P: Verrat auf der ganzen Linie!



Dieses Plakat stammt aus der DDR von 1969. Damals wagte die herrschende revisionistische Regierung noch, die revanchistischen Machenschaften der westdeutschen Imperialisten anzuprangern. Richtig wird die 'neue Ostpolitik' unter Brandt gekennzeichnet als die alten Einverleibungsabsichten Adenauers mit neuen Methoden. Unter den Noten; die aus dem MP-Lauf kommen; steht: 'Von der Maas bis an die Memel ...' – Dieses Plakat ist natürlich schon längst aus dem Verkehr gezogen. Nachdem sich Bonn mit Moskau auf Kosten der Souveränität der DDR einigte, da genügte ein Besuch Breshnews in Berlin-Pankow, und schon war keine Rede mehr von der drohenden Gefahr. Heute heisst es in Pankow wie in Moskau und Bonn: Brandt ist ein 'realistischer Friedenspolitiker'. Die Völker dürfen sich nicht von diesen falschen Tönen einschläfern lassen! Brandt spielt heute nicht nur auf einer MP, sondern bereits auf der größten und stärksten Bundeswehr, die es je gab.

'WIEDERGUTMACHUNG'?

Israel werde sich der Aufnahme der DDR in die UNO widersetzen. Israel werde eine breite Kampagne gegen die DDR starten und habe schon bei 20 westlichen Staaten vorgesprochen. Das erklärte Aussenminister Abba Ebban vor dem Parlament in Jerusalem. Der angebliche Grund: Die DDR weigert sich 'Wiedergutmachung' zu zahlen.

'Wiedergutmachung' – an wen? An die Opfer des Hitlerfaschismus **oder an den israelischen Staat**, der selbst ein blutiger Nachahmer des Hitlerstaates ist, der selbst Rassismus gegen die arabischen Völker predigt, das palästinensische Volk aus seiner Heimat vertrieben hat und tausende Araber in den Gefängnissen foltert?

'Wiedergutmachung' an den Zionisten-Staat forderte Israel auch im Jahre 1949 vom Bonner Staat. Adenauer griff sofort diesen Vorschlag Israels auf. Aus gutem Grund.

Bis 1949 hatte der 'jüdische Weltkongress' immer wieder angeprangert, dass 3 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus die alte braune Nazi-Pest wieder in höchsten Rängen der Regierung, der Beamtenschaft und Wirtschaft Westdeutschlands sass. Kaum hatten Adenauer und seine Freunde in Israel ihr 'Wiedergutmachungsabkommen' geschlossen, da verstummte jede Kritik an NS-Oberländer, NS-Globke usw.

Und noch einen guten Grund gab es für diese Art der 'Wiedergutmachung'. Im Luxemburger Abkommen von 1952 legten Adenauer und Goldmann fest, dass 3 Milliarden DM in Form von Waren an Israel geliefert werden sollten. 4 000 westdeutsche Kapitalisten machten damit nicht nur Profite auf Kosten der Steuerzahler, sie drangen gleichzeitig auf dem neuen Markt in Nahost vor. Heute profitieren sie bereits kräftig mit den Kriegseroberungen der israelischen Imperialisten.

Eroberungen müssen geschützt werden. Die 'Sicherheiten' für das westdeutsche Kapital in Israel vor dem arabischen Befreiungskampf wurde ebenfalls durch die Bonner 'Wiedergutmachung' (20 % davon) geliefert:

– 60 Flugzeuge, darunter Hubschrauber, Transportmaschinen vom Typ 'Noratlas',
– Verbindungsflugzeuge 'Do 27'
– Flakgeschütze
– Panzerabwehrraketen
– über 1 000 Fallschirme
– 6 Schnellboote
– Haubitzen; Munition usw.

(Das war nur ein geheimes Waffengeschäft, wie der Spiegel Nr. 9/65 berichtet).

Und da behauptet die Regierung Israels, die Bundesrepublik habe die Opfer des Hitlerfaschismus mit solchen Lieferungen 'materiell entschädigt'! Das ist schamloser Hohn auf die Millionen ermordeter und geschändeter Juden im dritten Reich!

Die scheinheilige Forderung der Zionisten an die DDR, 'Wiedergutmachung' zu zahlen, bedeutet mehr als Forderungen nach Geld für die Kriegspläne Moshe Dayans. Seit dem Abschluss des diskriminierenden Grundvertrags zwischen Bonn und Ostberlin häufen sich die Forderungen der Imperialisten an die DDR, nehmen auch die Versuche der Einmischung zu.

Nicht um Ostmark ginge es, so erklärte Abba Ebban, sondern um die Einstellung der 'anti-israelischen Propaganda der DDR'.

Bonns Freunde in Israel sind den westdeutschen Revanchisten auch behilflich, die richtige 'Stimmung' in der Bevölkerung für die 'Befreiung' der DDR-Bewohner durch den westdeutschen Imperialismus zu erzeugen.

Wie die bürgerliche Regierung in Berlin-Pankow zu diesen Machenschaften steht, über ihre Haltung zur Wiedergutmachung, berichten wir im nächsten Roten Morgen.

DIE HETZE GEHT SCHON LOS

Der Westberliner SPD-Abgeordnete Kurt Mattick hat SED-Chef Honnecker nachdrücklich davor gewarnt, die zwischen Bahr-Scheel und Breshnew ausgehandelten Abmachungen über die DDR zu unterlaufen. Das wäre ja noch schöner, wenn die DDR-Regierung auf die Idee käme, jetzt nach dem Grundvertrag wäre die DDR plötzlich als souveräner Staat vom westdeutschen Revanchismus anerkannt.

Weiter sagte SPD-Mattick im SPD-Pressedienst: "Die Partner der Bundesrepublik in der NATO und EWG sowie die übrigen westlichen Staaten werden Bonn "nicht im Stich lassen, wenn ein Bruch der deutschen Vereinbarungen durch die DDR Solidarität notwendig machen sollte". (Bild, 9. 12.).

Mattick wies weiter darauf hin, daß die DDR 'kein Glück für die Welt' sei und schon gar nicht für Deutschland.

Nicht jeder SPD-Führer kann eben so gut das Friedenslied singen wie ein Willy Brandt. Manchem SPD-Führer rutscht eben mal heraus, um was es wirklich bei der 'Friednes'-Ostpolitik geht: Darum, das 'Unglück für die Welt', die DDR, mit Hilfe von NATO und EWG aus der Welt zu schaffen. Das 'Aus-der-Welt-Schaffen' wird das deutsche Volk aber nicht den Revanchisten in Bonn und deren Hintermännern bei Krupp, Thyssen und den Bundeswehrgenerälen überlassen. Die beiden deutschen Staaten werden sich erst dann friedlich vereinigen können, wenn die Feinde der deutschen Einheit bei uns und drüben, die westdeutschen Imperialisten und die Revisionisten-Clique in der DDR durch die Arbeitermacht verjagt worden sind.

Feldzug gegen die arabischen Länder

In Bonn erwartete man mit Spannung die Rückkehr des Bremer Bürgermeisters Koschnik aus Israel. Jetzt atmet man auf. Israel mit der Arabermörderin Golda Meir an der Spitze wird Willy Brandt mit offenen Armen empfangen. Das arabische Blut, das seit dem Massaker von Fürstenfeldbruck an den Händen der westdeutschen Imperialisten klebt, hat Brandt in Israel Tor und Tür geöffnet.
Israel hat für die westdeutschen Imperialisten die gleiche Bedeutung wie für die US-Imperialisten auch: es ist ein Brückenkopf im Feldzug gegen die arabischen Länder.



„...also, im 2. Stock ist eine Schule, die bombt ihr nicht. Im 1. Stock ist ein Kindergarten, den bombt ihr auch nicht. Aber im Keller wohnt der Hausmeister, der ist Fedajin, den bombt ihr!"

Seit einigen Jahren bemüht sich die Bundesregierung verstärkt darum, in den Ländern im Osten des Mittelmeers Fuss zu fassen. Dem gleichen Ziel wie der Besuch Brandts in Israel diente auch sein Besuch im Iran, diente die Reise Wischnewskis durch die arabischen Länder. Nachdem die westdeutschen Imperialisten in West- und Osteuropa mit mächtigem Schritt zu ihrem ersehnten "Platz an der Sonne" marschieren, fordern sie jetzt auch ihren Anteil am Geschäft im Nahen und mittleren Osten, versuchen sie auch hier im Konkurrenzkampf der beiden Supermächte der lachende Dritte zu sein. Warum stürzen sie sich in dieses Abenteuer, in dem sie die Beute den arabischen Völkern und den beiden mächtigen Räubern, den USA und der Sowjetunion abjagen müssen? Warum ist ihnen die Energie, die vor ihrer Tür liegt, die Kohle, nicht mehr genug?

Nun, das Erdöl ist billiger. Der Handel mit dem Erdöl ist ein Riesengeschäft. Dadurch, dass die ersten Räuber, die USA, UdSSR, Frankreich und England die arabischen Länder gezwungen haben; sich völlig auf den Export von Erdöl zu beschränken, den Aufbau fast jeder eigenen Industrie verhinderten, können sie die Abnahmepreise diktieren. 10 bis 11$ bekommen die arabischen Länder für die Tonnen Erdöl. Für 19 bis 23$ pro Tonne wird das gleiche Erdöl auf dem Weltmarkt weiterverkauft. Ein hoher und sicherer Profit also.

Allerdings nur für den, der selber zu den Besitzern der Erdölquellen gehört. Und zu diesen 'Herren' gehörten die westdeutschen Kapitalisten bisher fast nicht. Sie mussten ihr Erdöl bisher zum überwiegenden Teil von ausländischen Kapitalisten beziehen, zum Beispiel von der britischen Gesellschaft BP. Es sieht also für das westdeutsche Kapital schlecht aus. Vor allem wenn man bedenkt, dass von 108 Mio Tonnen Erdöl, die 1971 verbraucht wurden, ganze 8 Tonnen aus westdeutschen Quellen beschafft werden konnten. Es sieht umso schlechter aus, wenn man gleichzeitig bedenkt, dass der Erdölverbrauch enorm steigt. Lag der Anteil des Erdöls an der Energieversorgung 1960 noch bei 21%, so 1971 schon bei 55%. So schreit das westdeutsche Kapital nach Taten: wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen.

Und die Bundesregierung steht bei Fuss, sie will der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr nur "Flankenschutz gewähren, sondern auch eine eigene Offensive starten".

Das erste Angriffsziel dieser Offensive war wie immer der Geldbeutel der werktätigen Massen in Westdeutschland. Denn mit unseren Pfennigen wird der Ausplünderungsfeldzug gegen die arabischen Länder bezahlt.

Die ersten Nutzniesser: Die Herren der Firma DEMINEX, die im Scheichtum Abu Dhabi am persischen Golf ins Geschäft einstieg. Eine Milliarde 'Bürgschaft' wurde ihnen in den Rachen geworfen. „Und wenn ihr Gewinn an den Ölquellen nicht so gross sein sollte, wie erwartet, dürfen sie die Milliarde als 'Trostpflaster' behalten. Aber nicht allein die Ölquellen sind es, die die westdeutschen Imperialisten in Scharen anziehen. Auch Stahl-, Metall- und Chemiekonzerne wittern Riesengeschäfte. Einer der Grossverdiener am letzten Weltkrieg, Abs, meinte dazu in einer iranischen Zeitung: "In der BRD ist heute das Kapital nicht mehr so profitbringend wie in der Vergangenheit, daher ist man auch auf der Suche nach neuen Möglichkeiten". Diese 'Möglichkeit' nach Extraprofit ist das Elend der Volksmassen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. 3 bis 10 DM beträgt in den meisten der Tageslohn eines Arbeiters. **Tausendfaches Elend, Hunger, Krankheit und Tod in den elenden Wohnungen der Massen und auf den Strassen der Arbeiterviertel – für Kuponschneider von Wall Street, Moskau und Westdeutschland eine 'Möglichkeit' für noch höhere Dividenten! Beute, die man sich gegenseitig abjagen, die man aber auch gemeinsam gegen die grösste Gefahr für die Imparialisten: Die Befreiungskämpfe der Völker, verteidigen muss.**

Und so krempeln auch in Westdeutschland nicht nur die Herren mit den dicken Zigarren die Ärmel auf. Alte Wehrmachtsgeneräle im Nato-Rock hoffen auf Vergeltung für den missglückten Eroberungsfeldzug im zweiten Weltkrieg. Ihre Kommandos schnarren auf den Nato-Stützpunkten in Griechenland und in der Türkei, in der Mittelmeerflotte, bei den Luftstreitkräften im Mittelmeer. Westdeutsche Panzer rollen in Israel, im Iran und in Jordanien gegen die Freiheitskämpfer. Und in Westdeutschland selber soll die chauvinistische Hetze gegen die Araber den Boden für einen Feldzug im Osten bereiten.

Aber die westdeutschen Imperialisten sollten sich gesagt sein lassen: Sie werden in diesen Ländern vom Kampf der Völker geschlagen werden – wie die US-Imperialisten in Vietnam.

Unterstützt den Kampf des vietnamesischen Volkes!

Bildet eine geschlossene Front gegen die US-Aggressoren auch in Westdeutschland!



In der ganzen Welt wächst die Front gegen den US-Imperialismus, für den Sieg des kämpfenden vietnamesischen Volkes. Diese geschlossene Front muss auch in Westdeutschland und Westberlin geschaffen werden. Neben den Spaltungs- und Abwiegelungsversuchen der revisionistischen D'K'P war das grösste Hindernis dafür bisher die Uneinigkeit der marxistisch-leninistischen und revolutionären Kräfte.

Sie geht oft so weit, dass nicht mehr vom Wunsch für möglichst wirksame Solidaritätsaktionen für das vietnamesische Volk ausgegangen wird. So werden z.B. in den gleichen Orten, ohne vorher überhaupt **ernsthaft** eine Einheit zu erstreben, mehrere konkurrierende Demonstrationen durchgeführt oder Organisationen rufen zu verschiedenen 'nationalen' Demonstrationen auf. Diese Zersplitterung der Vietnambewegung nutzt nur den Imperialisten. Deshalb muss damit Schluss gemacht und eine möglichst breite und feste Einheit zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes geschaffen werden. In diese Front müssen alle einbezogen werden, die **ehrlich** gegen die US-Aggression in Vietnam kämpfen wollen. Auf der Grundlage einer politischen Minimalebene lassen sich einheitliche Aktionen gegen die US-Aggression organisieren:

Alles für den Sieg des kämpfenden vietnamesischen Volkes!
Schluß mit den US-Bombenangriffen auf Nord- und Südvietnam!
Kampf dem US-Imperialismus, dem Todfeind des vietnamesischen Volkes!
Sofortige Unterzeichnung der 9-Punkte-Vereinbarung über den Waffenstillstand in Vietnam! Keine weitere Einmischung in die Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes!
Sofortiger, bedingungsloser und vollständiger Abzug der US-Aggressionstruppen aus Vietnam!
Schluß mit den Devisenausgleichszahlungen Bonns zur Unterstützung des US-Aggressionskrieges!
Sofortige Aufhebung des Einreiseverbots für Vertreter der demokratischen Republik Vietnam (DRV) und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL)!
Solidarität mit der Demokratischen Republik Vietnam!
Solidarität mit der Nationalen Befreiungsbewegung Südvietnams (FNL)!

Propaganda für den sowjetischen Sozialimperialismus, für die Komplotte der beiden Supermächte gegen die indochinesischen Völker, Hetze gegen die sozialistischen Länder China und Albanien, Verunglimpfung der kommunistischen Bewegung, Abwiegelei, Spaltungsversuche und bürgerlicher Pazifismus können bei Solidaritätsaktionen nicht geduldet werden. Deshalb haben dort die revisionistische D'K'P und trotzkistische Organisationen nichts verloren.

Die KPD/ML wird sich mit ihren ganzen Kräften für einheitliche Vietnamdemonstrationen auf dieser Grundlage einsetzen. Sie wird selbst die Initiative dazu ergreifen, aber auch überall, wo andere Kräfte richtige Aktionen gegen die US-Aggression vorbereiten, diese solidarisch unterstützen. Dort wo die D'K'P versucht, Vietnamdemonstrationen in revisionistisches und pazifistisches Fahrwasser zu ziehen, wird sie alles tun, um die Kräfte, die noch den Revisionisten folgen, für eine konsequente Unterstützung des vietnamesischen Volkes zu gewinnen, sie vom Einfluss der modernen Revisionisten zu lösen.

Gemeinsame Solidaritätsaktionen auf einer minimalen Ebene bedeuten aber nicht, dass die Kommunisten weitergehende Agitation und Propaganda unter den Tisch fallen lassen. Deshalb muss die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda gewährleistet sein. Hier darf es kein Nachgeben geben! Denn es wäre Opportunismus, wenn Kommunisten z.B. das Komplott der beiden Supermächte nicht entlarven würden, wenn sie den Kampf gegen den US-Imperialismus nicht mit dem Klassenkampf gegen den westdeutschen Imperialismus verbinden würden.
Deshalb trägt die KPD/ML folgende Losungen in die Vietnambewegung hinein und kämpft, dass möglichst viele fortschrittliche Menschen und Organisationen dafür gewonnen werden:

Nieder mit dem US-Imperialismus, dem Hauptfeind aller Völker!
Schlagt den US-Imperialismus wo ihr ihn trefft!
Nieder mit dem Komplott der beiden Supermächte gegen die Befreiungskämpfe der Völker!
Sieg im Volkskrieg!
Es lebe die VR China, das Bollwerk der Weltrevolution, das starke Hinterland des vietnamesischen Befreiungskampfes!
Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus, dem Komplizen des US-Imperialismus!
Krieg dem imperialistischen Krieg!
Kampf den Supermächten im eigenen Land!
Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland!
Weg mit Nato und Warschauer Pakt!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kiel: "Weihnachten in Vietnam - Tod und Vernichtung!"

mit dieser Parole riefen wir die Kieler Werktätigen auf, am 23.12. gegen den Bombenterror in Vietnam zu protestieren. Einen zweiten Aufruf verteilten wir vor den Kieler Grossbetrieben.

Am Samstag, den 23.12. versammelten wir uns vormittags im Kieler Einkaufszentrum, wo die Kieler Bevölkerung ihre letzten Weihnachtseinkäufe tätigte. Einige Genossen hatten schon früher mit der Flugblattpropaganda und dem Verkauf des Roten Morgen begonnen. Auf unseren grossen Transparenten unterstützten wir den Volkskrieg der drei indochinesischen Völker gegen den US-Imperialismus. In einer Rede entlarvte ein Genosse den verbrecherischen Charakter des Hauptfeindes der Menschheit, des US-Imperialismus. Er berichtete über seine Verbrechen und rief zum Kampf dagegen auf. Der Genosse verurteilte auch den Verrat der Sowjetischen Sozialimperialisten, die zum Beispiel die reaktionäre Lon Nol-Clique in Kambodscha massiv unterstützen. "Die neuen Herren im Kreml setzen alles daran, das vietnamesische Volk zu einer Kompromisslösung zu bewegen." Die Rede stiess auf lebhaftes Interesse der Kieler Bevölkerung. Nach kurzer Diskussion bildeten wir dann einen Demonstrationszug, der durch die Kieler Innenstadt ging. Wir hielten an besonders belebten Punkten an, hielten kurze Kundgebungen ab und sammelten Spenden für das vietnamesische Volk. Immer wieder schallten unsere Sprechchöre durch die Strassen:

SCHLUSS MIT DEM BOMBEN TERROR AUF VIETNAM!
AMIS RAUS AUS VIETNAM, LAOS UND KAMBODSCHA!
SIEG IM VOLKSKRIEG!

Nach der Schlusskundgebung am Berliner Platz diskutierten wir mit der Bevölkerung und verkauften den Roten Morgen. Fast alle, mit denen wir diskutierten, waren mit uns einig; dass der Kampf gegen die US-Aggressoren entschlossen weitergeführt werden muss.

SOLIDARITÄTS KOMITEE

Spendet für den Kampf des vietnamesischen Volkes!
Unterstützt die FNL!

Spenden auf Konto: **Wagner, Dorotheenstraße**
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort 'Vietnam'

Gründungserklärung der FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT des deutschen und spanischen Volkes für ein antifaschistisches ,unabhängiges und republikanisches Spanien!

AN DAS GANZE DEUTSCHE VOLK!
AN ALLE DEUTSCHEN ANTIFASCHISTEN!

Das spanische Volk kämpft seit über 30 Jahren gegen die faschistische Diktatur Francos und gegen den US-Imperialismus. Die frankistische Diktatur konnte dem spanischen Volk nur mit Waffengewalt aufgezwungen werden, als im national-revolutionären Befreiungskrieg 1936–39 die bewaffneten Kräfte des Volkes gegen die faschistischen Truppen unterlagen. Deren Sieg war nur möglich durch die Unterstützung Hitlers, Mussolinis, und der internationalen Reaktion.

Am 26. September 1953 schloss die spanische Oligarchie mit Franco an der Spitze die schändlichen Verträge mit dem US-Imperialismus ab. 'Dank' dieser Verträge ist Spanien heute zu einer Halbkolonie der Yankees herabgesunken. Der Franco-Faschismus hält sich bis jetzt nur durch die Fortsetzung seines Terrorregimes, durch seine bedingungslose Auslieferung an den US-Imperialismus und durch die Unterstützung der europäischen Imperialisten an der Macht.

Gegenwärtig versucht der US-Imperialismus im Verein mit der spanischen Finanz- und Grossgrundbesitzeroligarchie der Welt eine sogenannte 'Liberalisierung' der faschistischen Diktatur vorzutäuschen, indem sie der spanischen Arbeiterklasse und dem spanischen Volk die verhasste Monarchie mit der Marionette des Bourbonen Juan Carlos als König aufzwingen wollen. **Diese Monarchie bedeutet jedoch nichts anderes als die Fortsetzung des Faschismus ohne Franco.** Die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk haben sich noch jedes Mal, wenn sie die Möglichkeit dazu hatten, gegen die Monarchie und für eine Republik ausgesprochen, so 1873, als die Kämpfe des Volkes das Ende der Monarchie brachten und die 1. Republik proklamiert wurde. Diese konnte nur durch einen Staatsstreich der Militärs gestürzt werden. Ebenso wurde die 2. Republik am 14. April 1931 unter unbeschreiblichem Jubel der gesamten spanischen Bevölkerung ausgerufen.

Der internationale Faschismus wurde 1945 von den Völkern der Welt gestürzt. Unter dem Druck der antifaschistischen Völker nahm die UNO 1946 folgende Resolution an:



Die OSO (illegale, revolutionäre Gewerkschaftsorganisation) verteilt Flugblätter vor einem Betrieb in Spanien. An der Mauer steht: Nieder mit dem Faschismus! PCE/ML (Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten).

(Hier eine Zusammenfassung der RM-Redaktion):

- "...solange dieses (Franco-)Regime fortgesetzt wird, (darf) Spanien nicht in den Schoss der Vereinten Nationen zugelassen werden."
- Das Regime Francos ist seinem Ursprung, seiner Natur und seiner allgemeinen Führung nach ein Regime faschistischen Charakters.
- Franco leistete Hitler und Mussolini im 2. Weltkrieg Unterstützung. ("Z.B. kämpfte die Infanteriedivision der blauen Legion, die spanische Freiwilligenlegion und das Fliegergeschwader Salvador an der Ostfront gegen Sowjetrussland").
- (Es gibt) "Nicht wegzuwischende Beweise, dass Franco zusammen mit Hitler und Mussolini schuldiger Teil in der Kriegsverschwörung...bildete...daran wird man sich allgemein erinnern."
- "die faschistische Regierung Francos (wurde) dem spanichen Volk mit Gewalt unter der Hilfe der Achsenmächte aufgezwungen..."
- "(Die Generalversammlung der UNO) empfiehlt dass alle Mitglieder der Vereinten Nationen unverzüglich ihre in Madrid akkreditierten Botschafter und bevollmächtigten Beamten zurückrufen..."

12. Dezember 1946
Resolution 39



Diese Resolution wurde schon sehr bald, und zuerst vom Vatikan und dem US-Imperialismus mit Füssen getreten. Längst haben auch die europäischen Länder ihre Beziehungen zur Franco-Diktatur 'normalisiert'. Auch die Sowjetunion erweist sich nicht mehr als Freund des spanischen Volkes. In der letzten Zeit bemüht sie sich zusammen mit den anderen von ihr abhängigen osteuropäischen Ländern, diplomatische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen zum Franco-Regime aufzunehmen, obwohl 1946 die Sowjet-Union eine der entschiedensten Vertreterinnen der genannten Resolution gewesen war. Für alle imperialistischen Mächte, allen voran die USA, ist der Faschismus in Spanien der Garant ihrer Ausbeuter- und Herrschaftsinteressen.

Der Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes hat seit 1939 keinen Augenblick nachgelassen! Bis 1952 wurde der Kampf mit den Waffen in der Hand ausgetragen. In verstärktem Masse hat der Widerstand der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes seit 1960 wieder zugenommen. Wichtige Beispiele sind die heldenhaften, mehr als 3-monatigen Streiks der asturianischen Bergarbeiter 1962, die hunderttausende von Demonstranten gegen den verbrecherischen Prozess von Burgos 1970, im Jahre 1972 war Spanien das Land mit den meisten Streiks in ganz Europa, zum 1. Mai demonstrierten 15-20 000 Menschen unter Führung der Arbeiterklasse auf den Strassen von Madrid. Heute nimmt der Kampf des spanischen Volkes mit der Arbeiterklasse an der Spitze immer mehr bewaffnete Formen an..

Besonders nach dem verbrecherischen Prozess gegen die baskischen Freiheitskämpfer ist der schändliche Verrat der Clique Carrillo-Ibarruri auch den Volksmassen immer deutlicher geworden. Diese Feinde des Volkes versuchen mit allen Mitteln den Kampf des spanischen Volkes zu hintertreiben und die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk mit ihren faschistischen Henkern auszusöhnen. Wenn Carrillo behauptet, dass die faschistische Regierung Francos sich in der Zersetzung befindet und dass es in der faschistischen Regierung zu unterscheiden gilt, zwischen einem harten Kern, den 'Ultras' und einer Opposition gegen Franco, die auf dem Weg der Evolution den Franco-Faschismus beseitigen wird, so ist das eine Lüge...

Mit den faschistischen Henkern von damals kann es keine 'nationale Aussöhnung' und auch keinen 'Pakt für die Freiheit' geben.

Auf die Initiative des Koordinations-Komitees für eine revolutionäre, antifaschistische und patriotische Front (F.R.A.P.), das auch in Deutschland gebildet wurde, sind verschiedene Versammlungen mit revolutionären, antifaschistischen und antiimperialisitschen deutschen Organisationen über den Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes gegen die faschistische Diktatur und gegen die Yankee-Herrschaft durchgeführt worden. Die Vertreter des Koordinations-Komitees pro-F.R.A.P. in Deutschland haben umfassend den Kampf des spanischen Volkes seit 1939 erklärt. Sie haben die Bedeutung und die Reichweite der Gründung eines Koordinations-Komitees für eine revolutionäre, antifaschistische und patriotische Front in Madrid, am 21. Januar 1971 erklärt, welches einen Aufruf an alle Organisationen und an das ganze spanische Volk machte, sich in einer breiten antifaschistischen und antiimperialistischen Front zusammenzuschliessen auf der Basis von 6 Punkten, welche dem gesamten spanischen Volk vorgelegt wurden:

1. **Sturz der faschistischen Diktatur und Vertreibung des Yankee-Imperialismus durch den revolutionären Kampf.**
2. **Errichtung einer föderativen Volksrepublik, die die demokratischen Freiheiten für das Volk und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert.**
3. **Verstaatlichung des ausländischen Monopolbesitzes und Einziehung des Besitzes der Oligarchie.**
4. **Tiefgreifende Agrarreform auf der Grundlage der Konfiszierung des Großgrundbesitzes.**
5. **Liquidation der Reste des spanischen Kolonialismus.**
6. **Bildung einer Armee im Dienste des Volkes.**

(Im folgenden wird betont, dass die Solidarität zwischen dem spanischen und deutschen Volk eine lange, unvergessene Geschichte hat. So kämpften deutsche Antifaschisten in Spanien gegen Franco, wie umgekehrt Hunderte spanischer Guerilleros in ganz Europa ihr Blut im Kampf gegen den Hitler-Imperialismus vergossen haben. Auch heute lebt diese Solidarität fort, wie sich im gemeinsamen Kampf zwischen spanischen Emigranten und deutschen Arbeitern in der Bundesrepublik zeigt.)

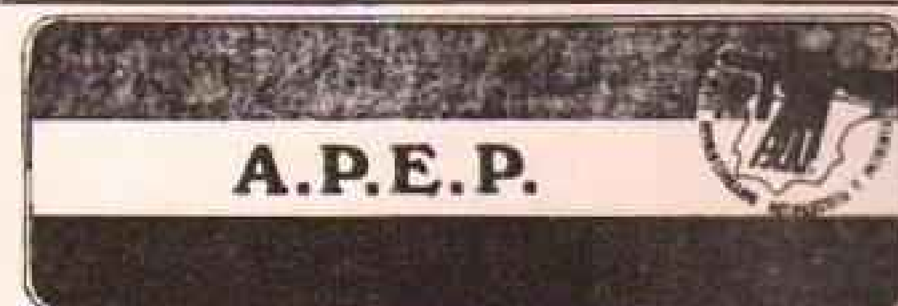
Wir konsequenten Antifaschisten und Antiimperialisten wissen genau, dass die Unterstützung des Kampfes der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes gleichzeitig eine Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes gegen den Imperialismus ist. Wir sind deshalb der Überzeugung, dass es unsere internationalistische Pflicht ist, die antifaschistische Solidarität des deutschen und des spanischen Volkes fortzuführen und dem Kampf des spanischen Volkes mit der spanischen Arbeiterklasse an der Spitze gegen den Yankee-Francismus unsere restlose Unterstützung zu geben.

Aus diesen Gründen haben wir, eine Reihe von deutschen revolutionären, antifaschistischen und antiimperialistischen Organisationen und deutsche Antifaschisten uns auf einer Versammlung in Deutschland entschlossen, auf der Grundlage der 6 Punkte des Koordinations-Komitees für eine revolutionäre, antifaschistische und patriotische Front (F.R.A.P.), die FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT DES DEUTSCHEN UND DES SPANISCHEN VOLKES FÜR EIN ANTIFASCHISTISCHES, UNABHÄNGIGES UND REPUBLIKANISCHES SPANIEN zu gründen.

(Es folgt eine ausführliche Begründung des Programms der F.R.A.P.–RM).

Wir rufen alle deutschen Arbeiter, Bauern, Angestellte, Hausfrauen, Studenten, Intellektuellen, Künstler, alle, die von ihrer Hände Arbeit leben und alle antiimperialistischen und demokratischen Organsiationen und Persönlichkeiten, das ganze antifaschistische deutsche Volk auf die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem spanischen Volk zu stärken.

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT ALLER VÖLKER DER WELT!
ES LEBE DIE TRADITIONELLE FREUNDSCHAFT DES DEUTSCHEN UND DES SPANISCHEN VOLKES!
NIEDER MIT DEM YANKEE-FRANKISMUS!
ES LEBE DIE SPANISCHE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK!
ES LEBE DIE F.R.A.P.!



Agencia de Prensa España Popular (A.P.E.P.)

Presseagentur Spanisches Volk

Lest und verbreitet die A.P.E.P., das Informationsorgan der F.R.A.P. Inhalt: Berichte über Kämpfe der Arbeiter, werktätigen Bauern, Studenten und anderen Teilen des Volkes in Spanien. Berichte über die yankee-francistische Unterdrückung. Informationen über die Lebensbedingungen in Spanien. Erklärungen der FRAP. Aktuelle politische Nachrichten.

Preis: 50 Pfennig; vor Betrieben 10 Pfennig.

An der Jahreswende: 4. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

Parteifeier in Hamburg

ROTER MORGEN

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

1968: Gründung der KPD/ML

Am 31.12.68 wurde in Hamburg die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten Leninisten gegründet. Am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde das revolutionäre Banner der Partei Ernst Thälmanns, das die Revisionisten niedergetreten hatten, wieder emporgehoben. Das westdeutsche Proletariat besass nun wieder eine marxistisch-leninistische Partei.

Anlässlich dieses historischen Tages fand in Hamburg am 31.12.72 eine Parteifeier statt. Über 100 Menschen hatten sich in den festlich geschmückten Raum versammelt, unter ihnen eine Reihe von ausländischen Freunden.

Zu Beginn sang die Hamburger Agit-Prop-Truppe das 'Rote Morgen' Lied und ein selbst gedichtetes Lied gegen die D'K'P.

Anschliessend sprach der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust über die Gründung der Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen die Opportunisten aller Schattierungen. Entgegen den Wünschen der Feinde der Partei, die ihr immer wieder ihren Tod bescheinigten, ist die KPD/ML im Feuer des Klassenkampfes gewachsen und gestählt worden. Die Erfolge der Partei selbst sind ein Beweis für die Tatsache, dass auch in Westdeutschland die Haupttendenz Revolution ist.

Die Sicherheit über den Sieg der Revolution in Westdeutschland war es, die den frohen Charakter der Feier in Hamburg bestimmten.

Ein Malwettbewerb wurde abgehalten, in dem es darauf ankam, den modernen Revisionisten mit einer zündenden Karikatur eins auszuwischen. Bei einer Tombola kamen über 700 DM zusammen, die zur Unterstützung des Freiheitskampfes an die vietnamesischen Genossen geschickt werden.

Mit dem Gesang der Internationalen ging es ins neue Jahr. Die persischen Freunde sangen ein Lied aus ihrer Heimat. Anschliessend wurden eine Nummer des Roten Morgen vom Gründungsparteitag und ein albanisches Aktivistentuch amerikanisch versteigert. Mehr als 400 DM können für den Roten Morgen gespendet werden. Alle waren sich einig: "Eine gelungene Feier. Wenn uns alles so gut gelingt, wird es ein gutes Jahr."

VORWÄRTS IM GEISTE ERNST THÄLMANNS! VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!



1918: Gründung der KPD

VERANSTALTUNG IN MANNHEIM

Mannheim (RM). 16. 12. Veranstaltung der KPD/ML mit dem Parteivorsitzenden Genossen Ernst Aust als Redner. Flugblätter wurden verteilt, die zum Besuch der Parteiveranstaltung in einer Gaststätte der Neckarstadt, einem alten Mannheimer Arbeiterviertel, aufriefen. Kaum hatte die Polizei die ersten Exemplare in den Händen, da erschien sie auch schon Arm in Arm mit dem Hausbesitzer bei dem Gastwirt: Entweder wird die Veranstaltung abgeblasen oder der Gastwirt fliegt raus.

Und das einen Abend vor der Veranstaltung. Die letzte Möglichkeit, die sich bot, war eines der ersten Hotels in Mannheim, sozusagen die Höhle des Löwen selbst. Zunächst war uns recht komisch zumute in dem mit Flitter und Stuck ausstaffierten Raum. Doch die Stimmung schlug sofort in revolutionäre Begeisterung um, als Genosse Ernst seine Rede mit den Worten begann: "Heute sind wir noch angewiesen auf die Paläste der Bourgeoisie. Doch der Tag wird kommen, an dem die Arbeiter in diesen Räumen frei ihre Versammlungen durchführen und Gericht über ihre alten Herren halten werden."

In seiner Rede, die oft von Beifall unterbrochen wurde, hob Genosse Ernst unter anderem auch deutlich hervor, dass es die kommunistische Partei, die Partei der Arbeiterklasse, in der Bundesrepublik bereits gibt, und dass alle Spalter und Zirkelhäuptlinge mit ihren 'Wiederaufbau'-Ideen den gleichen Weg gehen werden wie die gescheiterte Gruppe 'Rote Fahne' (Bochum): den Weg in den Sumpf des Revisionismus.

Die Gruppe 'Neues Rotes Forum', die in Heidelberg und Mannheim arbeitet, wird dabei keine Ausnahme bilden. Sie ist auf diesem Weg sogar ein gutes Stück vorangekommen: Nach der Demonstration gegen die Ausländergesetze in Dortmund stimmten sie ein grosses Geschrei an wegen unseres 'Angriffs' auf die Trotzkisten. Die Führer beschlossen sogar, keine Aktionseinheit mehr mit uns einzugehen, bevor wir nicht Selbstkritik geübt hätten. Gleichzeitig schrieben sie bezeichnenderweise Bündnisangebote an D'K'P und DGB. Wen wundert es da noch, dass auch von diesem Zirkel der alte revisionistische Ladenhüter auftaucht: die Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung sei das Sektierertum.

Der Genosse Vorsitzende zeigte deutlich auf, dass wir kein Haufen sektiererischer Spinner sind, sondern eine Partei, die ihre Kampfstärke immer wieder und an allen Fronten unter Beweis gestellt hat.

Der AgitProp-Trupp 'Roter Sturm' unterstrich mit seinen Liedern den revolutionären Charakter dieser Veranstaltung.

Zum Schluss rief Genosse Ernst alle auf, sich den Reihen unserer Partei anzuschliessen, um den Kampf für die sozialistische Zukunft noch besser führen zu können.
Eine Reihe Genossen, die im letzten Jahr den liquidatorischen Parteifeinden gefolgt waren, nahmen diesen Aufruf ernst und schlossen sich der Partei wieder an.

LESER  BRIEFE

ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07

Genossen!

... zu Beginn der Tarifrunde hatte der 'Kommunistische Bund Bremen', der in einigen Bremer Grossbetrieben Betriebszeitungen herausgibt, die '150 DM mehr'-Forderung unterstützt. Diese Forderung war auch in Bremen von den Arbeitern selbst entwickelt worden.

- **Vertrauensleutekörper aus 6 Bremer Grossbetrieben forderten zwischen 105 und 185 DM mehr für alle,**
- **Die Jugendversammlung von Klöckner verabschiedete gegen die Stimme eines DKP-Mitglieds die Forderung nach 150 DM mehr für alle,**
- **Daneben kamen auch andere kämpferische Forderungen aus den Betrieben. Der Vertrauensleutekörper vom Bremer Vulkan forderte die Kündbarkeit der Tarifverträge bei einer Inflationsrate von 3 %.**

Der 'Kommunistische Bund Bremen' (KBB) propagierte die 150 DM-Forderung und organisierte (das war vor der Entscheidung der IG-Metall-Tarifkommission!) sogar Unterschriftensammlungen. Nachdem jedoch die Forderungen der IGM-Führung von 11-12 % auf dem Tisch lagen, 'vergass' der KBB sehr schnell, wofür die Arbeiter bereit waren zu kämpfen. Die '150-DM mehr'-Forderung ist jetzt weg vom Fenster. Jetzt hiess es beim KBB: 'Für die volle Durchsetzung der 11 %-Forderung!'

Dieses Einschwenken auf die Forderungen der Gewerkschaftsführer ist kein zufälliger Fehler beim KBB-Zirkel. ... Die Grundlinie des KBB: 'Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse' schürt nur Illusionen, man könne die Arbeiterverräter in der Führung 'zwingen' oder 'abwählen'. **In Wirklichkeit ist die Gewerkschaftsbürokratie zu einem festen Bestandteil des Ausbeuterstaates geworden. Mit den Arbeiterverrätern kann und wird es keine Einheit innerhalb einer Gewerkschaftsorganisation geben. Deshalb müssen sich alle oppositionellen Gewerkschafter und Kollegen zusammenschliessen und unabhängig vom Bonzenapparat den Kampf organisieren, um die gekauften Führer zu isolieren. Das geht aber nicht mit der Parole der Revisionisten, die die Spaltung unserer heutigen Gewerkschaften verschleiert.**

Mit seiner Parole verhindert der KBB die selbständige Organisierung aller in Opposition zu den DGB-Verrätern stehenden Kollegen. ... Mit seinem opportunistischen Abwiegeln der Kampfbereitschaft hat der KBB sich entsprechend auch wie der linke Flügel der IG-Metall-Führer verhalten.

Rot Front! Genossen aus Bremen

Genossen! **Tübingen, 30. 12. 72**

Am Sonntag, 16. 12., war im Clubhaus in Tübingen eine Veranstaltung der MLSG und der RJ(ML), der Schüler- bzw. Lehrlingsgruppe des KABD. (Eine sich marxistisch-leninistisch nennende Spaltergruppe).

Zu dritt wollten wir dort den ROTEN MORGEN verkaufen, in politischen Diskussionen die Linie der KPD/ML vertreten und die Parole 'Haupttendenz Reaktion' der opportunistischen KABD-Häuptlinge entlarven. Die Führer konnten dies natürlich nicht verantworten und schlägerten uns ... mit 15 Studenten aus dem Haus. Daraufhin verkauften wir vor dem Haus weiter.

Wir prangerten das faschistische Vorgehen des KABD an und konnten lebhafte Diskussionen mit Lehrlingen und Schülern führen. Welche Angst man beim KABD hat, zeigt sich darin, dass man seine Mitglieder durch den Hintereingang ins Haus schleust, damit niemand sieht, was los ist ...

NIEDER MIT DEN SPALTERN!

Mehrere Genossen der Gruppe 'Rote Fahne Bochum' gehen in einer Selbstkritik, die sie jetzt veröffentlicht haben, auf die Spaltung der KPD/ML durch die Führer des ZB 1970 ein, an der sie teilweise selbst beteiligt waren.

"Die Frage nach der Spaltung ist die nach der Rolle der Partei und ihrer Einheit. Je nach dem, wie man diese Frage beantwortet, entscheidet man sich für oder gegen die Revolution."

Welche Haltung zeigten die ZB-Führer im Frühjahr 70 gegenüber der Partei und ihrer Einheit?
Sie rechtfertigten die Spaltung später damit, dass sie eine Reihe von schwerwiegenden Kritiken an der Partei gehabt hätten. Nun, es gibt wohl keinen Genossen, der ihnen das vorwerfen würde. Die entscheidende Frage ist: Sind sie dabei vorgegangen wie Bolschewisten, die wissen, dass die Partei die schärfste Waffe der Arbeiterklasse ist, oder wie Kleinbürger, die die Partei und ihre Anschauungen wechseln wie das Hemd?

"Haben die Führer der ZB-Organisation das Prinzip Einheit-Kritik-Einheit angewandt, waren sie durchdrungen vom Willen zur Einheit und zur Stärkung der Partei? – Nein, sie wandten die Methode der erbarmungslosen Schläge an, riefen sofort 'Das Hauptquartier bombardieren!' und waren von Anfang an auf Spaltung aus."
So wurden, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, "keine Kritiken an den Roten Morgen geschickt. Das erste Dokument, das mit der Aufforderung zum Abdruck im RM übersandt wurde, war das 'Kommunique' zur Gründung des KJ-Inform, der ersten Zentrale der neuen spalterischen Organisation ...!"
"Die Spalter aber gingen mit der Partei um, wie mit einer x-beliebigem Projektgruppe an der Universität oder irgendeinem Skatclub und machten zu keiner Zeit den Versuch, die Einheit der Partei zu wahren."
Und so leichtfertig sie die Partei spalteten, so schnell stampften sie ihre neue 'KPD/ML' aus dem Boden.

Unter dem Namen der KPD/ML haben sie 2 1/2 Jahre lang Tausende von Flugblättern und Betriebszeitungen verteilt, haben sie ihr Spalterorgan 'Rote Fahne' unter den Arbeitern verbreitet. So haben sie mit ihrer revisionistischen Linie die Arbeiterklasse zu verwirren gesucht und verhindert, dass eine ganze Reihe von fortschrittlichen Kollegen sich der Partei des Proletariats, der KPD/ML, angeschlossen haben.

Jetzt, wo sie erkennen müssen, dass durch die Entwicklung des Klassenkampfes, durch die politischen, ideologischen, organisatorischen Erfolge der Partei die ZB-Organisation vor dem völligen Bankrott steht, immer mehr ihrer Mitglieder den revisionistischen Verrat der Führer erkennen, drehen sie ihr Fähnchen flugs erneut nach dem Wind. Gestern noch die Führer der 'einzigen Partei des Proletariats', erklären sie heute, ob Partei oder nicht, das sei nicht so wichtig. Die Hauptsache: man sei Marxist-Leninist. Schon im Maiaufruf in der 'Roten Fahne', als sich die ersten Schwierigkeiten für die ZB-Führer bemerkbar machten, ist von der 'KPD/ML' nicht mehr die Rede, gibt es nur noch die 'marxistisch-leninistische Bewegung'.

Mit diesem faulen Trick versuchen sie alle Kritik an der Spaltung der Partei, alle Kritik an ihrer revisionistischen Linie, alle Kritik an ihrem diktatorischem Regime vom Kern abzulenken, alle Forderungen nach einer wirklichen Selbstkritik abzuwürgen.

Eine solche verantwortungslose Haltung gegenüber den eigenen Fehlern aber ist genau wie die Spaltung 1970 , genau wie die Arbeit der ZB-Organisation bisher, Wasserträgerei für den modernen Revisionismus. Zeigt, daß sie die Partei und ihre Bedeutung für die Befreiung des Proletariats geringer schätzen als jeder einfacher Arbeiter im Betrieb.
Aber wie ihr erster Versuch, den Massen ihre politische Führung, die KPD/ML, zu rauben, indem sie ihnen eine revisionistische Partei mit marxistisch-leninistischem Mäntelchen vorsetzen, gescheitert ist, wird auch ihr neuester Versuch, das Zirkelwesen zu stärken, auf dem Misthaufen der Geschichte landen. Die Klassenkämpfe selbst sind es, die die Massen lehren, daß sie nur organisiert stark sind.

Nicht umsonst entstehen gerade jetzt in der Metalltarifbewegung überall oppositionelle Gewerkschaftsgruppen. Und wie die Arbeiter um ihren Bestand gegen alle feindlichen Angriffe kämpfen, werden sie auch ihre Organisation für den politischen Kampf, die KPD/ML, in ihrem Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus stärken und gegen alle Angriffe verteidigen.

Da darf es für die Marxisten-Leninisten, die die Fehler der ZB-Organisation erkannt haben, keine Frage sein, daß ihr Kampf zur Befreiung des Proletariats unter Führung der KPD/ML stehen muß.

TREIBT DEN ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF VORAN!

Vorwärts mit der Roten Garde!



Antikriegstag 72:
Demonstration der KPD/ML am 2. September in München



Anmerkung der RM-Redaktion: Wir möchten nochmals daran erinnern, dass dieser Erlass schon längst praktiziert wird. Mehrere Genossen wurden – nicht von Soldaten, dafür aber von MAD-Leuten* und Offizieren – beim Flugblattverteilen 'festgehalten' und angezeigt. Ihnen wird 'Wehrkraftzersetzung' vorgeworfen: Strafandrohung 2 Jahre Gefängnis.

Einige Genossen haben bereits die Anklageschrift erhalten. Die Prozesse müssen uns Ansporn sein, furchtlos und verstärkt den antimilitaristischen Kampf weiter zu führen. Auch diese Prozesse werden als ein entscheidender Teil dieses Kampfes geführt. Die Prozesse kosten die Genossen und damit auch die Partei viel Geld. Spendet daher für die Prozessvorbereitung und Kosten (Rechtsanwalt) an das

SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR ALLE POLITISCH VERFOLGTEN:

Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort 'Solidarität'

* MAD: Militärischer Abschirmdienst

'sofort festnehmen'!

Ein Soldat der Bundeswehr (Gebirgspionier) berichtet:

"Unser Kompaniechef las uns die neueste Anweisung des Stabs der 1. Gebirgsdivision vor:

Verhalten der Soldaten gegenüber Flugblattverteilern, die Hetzschriften verbreiten.

Hetzschriften seien Zeitschriften wie die 'Soldatenfaust' und ähnliche 'Machwerke'.

Soldaten, die solche Schriften haben, müssen diese abliefern und wenn sie selbst Flugblattverteiler sehen, sollen sie deren Personalien aufnehmen. Wenn sich die Verteiler weigern, ihre Personalien anzugeben, soll man diese sofort vorläufig festnehmen, d.h. diese Leute ins Wachlokal bringen und die Polizei verständigen. Dies würde durch den Paragraph 127 (!) gedeckt.

Gehört also Flugblattverteilen neuerdings zu 'strafbaren Handlungen', so dass man die 'Straftäter' festhalten muss?!!
Eines ist zudem interessant: Die Namen oder Gruppen der Verfasser dieser 'Hetzschriften' wurden nicht genannt. So fiel das Wort 'Antimilitaristisches Komitee' ebensowenig wie 'Kommunisten' ..."

Kampf um 'Soldatenfaust'

Ein Genosse aus Giessen berichtet:

"Am 2. 1. 73 verteilte ich mit einigen Genossen in Wetzlar an die neu einrückenden Rekruten die 'Soldatenfaust' (Zeitung des antimilitaristischen Komitees 'Soldatenfaust' von Wetzlar). Nach der Fahrt von Wetzlar nach Giessen verteilten wir die restlichen Nummern in der Halle des Giessener Hauptbahnhofs an weitere Rekruten. Beim Verteilen musste ich an einer Gruppe bereits dienender Soldaten vorbei. Unter diesen befand sich der Uffz (Unteroffizier) Blaser und der Stuffz (Stabsunteroffizier) P. de Crouppe. Als ich auf der Höhe des Stuffz war, ergriff dieser die Zeitungen mit den Worten: "Hier werden keine Flugblätter verteilt."



Für das Kapital durch den Dreck robben?

Ich erwiderte, dass er der Allerletzte sei, der mich daran hindern könne und entriss ihm die Zeitungen wieder. Da er bei seinen Kameraden keine Unterstützung fand, marschierte er wieder ab.

Ich verteilte den Rest von etwa 10 Stück und wollte die Halle verlassen. Da sprach mich der Uffz an und wollte die Zeitung erklärt haben. Da ich ahnte, dass dies eine Hinhaltetaktik war, sagte ich, ich hätte keine Zeit und ging weiter. Er redete weiter auf mich ein und hielt mich am Ärmel fest. Kurz vor dem Ausgang wurde ich dann von einem Bahnbullen und dem Stuffz aufgehalten. Der Bulle verlangte meine Papiere und stellte meine Personalien fest, um eine Anzeige zu erstatten. Nach meiner Entlassung bei den Bullen ging ich auf die Gruppe der Unteroffiziere zu, um sie zur Rede zu stellen. Dies hatten jedoch schon die Genossen getan. Ich wendete mich an die neuen Rekruten und erklärte ihnen das Vorgehen ihrer neuen Vorgesetzten.

Sie begriffen sehr schnell, da sie ja den ganzen Vorfall mit erlebt hatten. Die Uffz wurden dann von uns als dumme, kadavergehorsame Möchtegerne entlarvt, so dass die Rekruten über ihre neuen Vorgesetzten lachen mussten.

Auch bei den anderen Reisenden fanden die Uffz keine Unterstützung. Sogar die Bahnbullen verzogen sich, als sie merkten, welches traurige Gastspiel unsere 'Verteidiger' abgaben.

Im grossen Ganzen kann man sagen, die Anzeige war kein Tiefschlag, sondern ein voller Erfolg für uns.

Kontaktadresse:

KAMPF UM JUGENDZENTRUM

RÜSSELSHEIM:

Jetzt war genug. Die SPD-Stadtväter von Rüsselsheim hatten sich einen Dreck um die wiederholten Forderungen vieler Jugendlicher geschert, endlich ein Zentrum zur Verfügung zu stellen. Lehrlinge, Schüler und ausländische Arbeiter forderten ein Haus für Tagungen, Filmvorführungen, Musikabende und Diskussionsgruppen. Deshalb bildeten sie vor Monaten eine Initiativgruppe 'Internationales Jugendzentrum'. Nachdem Aufforderungen und Apelle an die Herren 'Volksvertreter' ohne Ergebnis blieben, schritten die Jugendlichen selbst zur Tat.

Eine leerstehende Villa, Eigentum der Stadt Rüsselsheim, wurde besetzt. Mit grossem Eifer wurde an die Umbauarbeiten gegangen.

Von Anfang an hatten Genossen der KPD/ML die Forderungen der Jugendlichen unterstützt und aktiv im Initiativkomitee mitgearbeitet. Durch die Teilnahme an der Hausbesetzung und im anschliessenden Kampf gelang es, die Vorbehalte der Jugendlichen abzubauen.

5 volle Tage hielten die Jugendlichen das Haus, allen Einschüchterungsversuchen der Stadt zum Trotz. Die ständige Frage in dieser Zeit war: Was tun, wenn die Bullen kommen?

Die Mehrheit war entschlossen, der Polizei bei der abzusehenden Räumung Widerstand zu leisten. Eine Minderheit stimmte für die unverzügliche Räumung beim Eintreffen der Ordnungshüter.

Am 5. Tag der Besetzung kamen sie um halb acht Uhr morgens. Nach kurzem Geplänkel mit dem Einsatzleiter der Bullen erklärten sich die Jugendlichen bereit, das Haus zu räumen. Sie glaubten, Widerstand sei zwecklos, denn: Eine komplette Hundertschaft hatte das Haus umstellt.
Aber sofort wurde offenbar, dass die Entscheidung falsch gewesen war. Der Einsatzleiter persönlich packte einen 10-jährigen Jungen. Die anderen wurden durch eine Knüppelgasse der Polizei aus dem Haus geprügelt. Mehrere Jugendliche wurden verletzt, ein Mädchen musste ins Krankenhaus eingeliefert werden.
Anschliessend brach die Polizei aus dem noch gut erhaltenen Haus alle Fenster und Türen heraus und machte es damit unbewohnbar. Die Stadtväter lassen das Haus lieber in Regen und Wind verkommen, als dass sie den Forderungen der Jugend nachgeben.

Der Kampf geht weiter

Am gleichen Tag bildete sich ohne Vorbereitung eine Demonstration von 300-400 Jugendlichen als Protest gegen den brutalen Polizeieinsatz. Im Anschluss danach fielen die Bullen über eine Gruppe von 8 Jugendlichen her, die sie sich wohl schon morgens bei der Räumung gemerkt hatten. 5 Jugendliche wurden festgenommen. Von diesen befinden sich zwei Österreicher noch jetzt, nach 14 Tagen, im Gefängnis.

Am nächsten Tag demonstrierten wieder 400 Schüler und Lehrlinge gegen den Polizeiterror. Die Demonstration führte an der Polizeiwache vorbei. Es flogen erste Steine und die Stimmung zeigte, dass viele daran waren, die Wache zu stürmen.

In diesem Augenblick riefen Mitglieder der Gruppe 'Revolutionärer Kampf' zum Weitergehen auf. Diese Gruppe war vorher immer wieder gegen die KPD/ML aufgetreten, während sie selbst nicht darangingen, den Kampf konsequent vorzubereiten. Auch später beteiligten sich diese Revoluzzer nicht an der Organisierung des Widerstands gegen die Polizeitruppen.

Jetzt, vor der Polizeiwache, schwankten die Jugendlichen und zogen schliesslich weiter unter zornigen Rufen: 'Freiheit für Sepp und Peter!' (die zwei Österreicher).

Der 'revolutionäre Kampf' hatte gerufen: 'Auf zur Festung'. Dort angekommen, musste der Verwalter der Forderung der Demonstranten nachgeben. Aber die zugewiesenen Räume waren absolut unzureichend. Der Kampf ging weiter.

Am 21. Dezember fand eine Stadtparlamentssitzung über die Verwendung des vorher besetzten Hauses statt. Zu dieser öffentlichen Sitzung erschienen viele Jugendliche. Auch Zivilpolizei hatte sich zahlreich eingefunden.

Bald merkten die Jugendlichen, dass in dieser Schwatzbude auf nichts zu hoffen war und so zogen sie, unter Führung unserer Genossen, noch vor der Abstimmung davon.

Die Jugendlichen haben in diesen Tagen viel dazugelernt. Sie wissen, wer auf welcher Seite steht und sie haben erkannt, dass der Kampf weiter organisiert werden muss. Verschiedene Arbeitsgruppen wurden zunächst gebildet: die Gruppe 'Antimilitaristischer Kampf – Wehrdienstverweigerung', die Gruppe 'Politische Gefangenen', die Gruppe 'Hausagitation'. Der Kampf wird noch entschlossener geführt werden. Die ROTE GARDE, die Organisation der kommunistischen Jugend, muss auch in Rüsselsheim mit aller Kraft aufgebaut werden und diese Kämpfe auf den konsequenten Weg, den Weg des revolutionären Klassenkampfes, führen.

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER ....



Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,- . Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 26 27 67 – 203 (Verlag E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....